

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen Rüttgers

Erneuerung aus der Mitte

Michael Glos

Zukunft gestalten, Bewährtes erhalten, Stabilität sichern

Wolfgang Thierse

Wahl '94: Was tun?

Werner Hoyer

F.D.P.: 1994 – Die zweite historische Chance

Werner Schulz

Politik der Reformen und Reform der Politik

Dagmar Enkelmann

Erneuerung der Gesellschaft

B 15/94

15. April 1994

Jürgen Rüttgers, Dr. jur., geb. 1951; Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 1991 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellv. Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

Veröffentlichungen u. a.: Dinosaurier der Demokratie. Wege aus der Parteienkrise und Politikverdrossenheit, Hamburg 1993; Beiträge zu Fragen der Parteienentwicklung in Deutschland.

Michael Glos, geb. 1944 in Brünnau (Unterfranken); Müllermeister, Inhaber eines Getreidemühlen- und Landwirtschaftsbetriebes. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1976; Vorsitzender des CSU-Bezirks Unterfranken seit 1993; Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und damit gleichzeitig erster Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Mitglied im Vorstand und Präsidium der CSU.

Wolfgang Thierse, geb. 1943; Studium der Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; wiss. Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR; Anfang Oktober 1989 Unterschrift beim Neuen Forum; Januar 1990 Eintritt in die SPD; Vorsitzender des Berliner Bezirksparteirates der SPD/DDR, Juni bis September 1990 Vorsitzender der SPD/DDR; Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990; Mitglied des Deutschen Bundestages seit 3. Oktober 1990; seit September 1990 stellv. Bundesvorsitzender der SPD; stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Veröffentlichungen u. a.: Mit eigener Stimme sprechen, München 1992; (Hrsg. zus. mit Michael Müller) Deutsche Ansichten. Die Republik im Übergang, Bonn 1992; Von den Ursachen rechtsextremer Jugendgewalt in Ostdeutschland, in: Hubertus Heil/Muzaffer Perik/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.), Jugend und Gewalt, Marburg 1993; Fremde im eigenen Land. Nach der Einheit die Entfremdung, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München 1994.

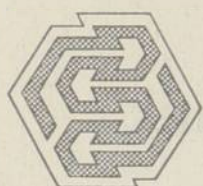
Werner Hoyer, Dr. rer. pol., geb. 1951; Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1987; Angestellter der Carl-Duisberg-Gesellschaft, Köln (z. Z. beurlaubt); Lehrbeauftragter an der Universität Köln; Mitglied der F.D.P. seit 1972, 1984–1993 Vorsitzender des Kreisverbandes Köln der F.D.P., seit 1990 Stellvertretender Landesvorsitzender NRW der F.D.P., seit Juni 1993 Generalsekretär der F.D.P., Sicherheitspolitischer Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion; Vizepräsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft.

Werner Schulz, Dipl.-Ing., geb. 1950; 1974–1980 wiss. Assistent an der Humboldt-Universität Berlin, 1980–1988 wiss. Mitarbeiter im Institut für Sekundärrohstoffwirtschaft, 1988–1990 Leiter des Bereiches Umwelthygiene in der Kreishygieneinspektion Berlin. Seit den siebziger Jahren Mitarbeit in verschiedenen Oppositionsgruppen der DDR, Gründungsmitglied des Neuen Forums; Mitarbeit am Verfassungsentwurf des Runden Tisches; 1990 Mitglied der Volkskammer, Parlamentarischer Geschäftsführer; seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Geschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Ludger Volmer) Entwickeln statt abwickeln – wirtschaftspolitische und ökologische Umbau-Konzepte für die fünf neuen Länder, Berlin 1992; Für einen neuen Lastenausgleich in Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1992) 7; Nach dem Schuldenpakt – Neue Herausforderungen für die Finanzpolitik, in: Günther H. Oettinger (Hrsg.), Brücken und Gräben, München 1994.

Dagmar Enkelmann, Dr. rer. pol., geb. 1956; Mitglied des Deutschen Bundestages; Geschichtsstudium an der Universität Leipzig; Lehrerin für Geschichte am Bogensee (Bernau); Promotion an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin. Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag; Mitglied im Ausschuß für Verkehr, im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung; Mitglied in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“.

Veröffentlichungen u. a.: Seit dem 9. November 1989 denke ich oft über Deutschland nach, in: Hans-Eduard Patega (Hrsg.), Damit ein gutes Deutschland blühe, 1992; Mit einer umweltfreundlichen, sozialverträglichen und ressourcenschonenden Energieversorgung ohne Atomstrom ins 3. Jahrtausend, in: Bundestag Report, 3/93; Vorsorgender Umweltschutz rechnet sich allemal, in: Bundestag Report, 8/93.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Jürgen Rüttgers

Erneuerung aus der Mitte

Politikverdrossenheit – das „Wort des Jahres '93“ ist zu einer Totschlagsvokabel geworden. Die vielfältigen Ursachen des erschütterten Vertrauensverhältnisses zwischen Politik und Teilen der Bürgerschaft bleiben verdeckt. Damit schwinden die Chancen, ihnen zu Leibe zu rücken. Verdrängung nützt keinem – weder den Parteien und Politikern, die sich berechtigter Kritik stellen müssen, noch den Bürgern, an die sich die Frage richtet, ob sie Politik und Parteien immer mit der richtigen Elle messen.

Für die Parteien gilt es, Vertrauen und Zutrauen in ihre Kompetenz zurückzugewinnen: Durch Glaubwürdigkeit der Personen, durch Überzeugungen, für die man geradesteht, durch Problemlösungen, für die man einsteht – auch bei Gegenwind.

Aber nicht allein die Parteien sind gefordert. Die Tendenz, alles bequem bei der Politik abzuladen, ist falsch. Unser Land steht vor Herausforderungen, die sich nicht bewältigen lassen, wenn jeder in alten Gewohnheiten und Ansprüchen verharret. Bewegung ist notwendig – aber auf allen Seiten.

Die CDU kann für sich selbstbewußt – ohne über Selbstzweifel erhaben zu sein – reklamieren, auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Aus der innerparteilichen Reformdiskussion ist eine Aufbruchstimmung erwachsen, die der Parteienkritik nicht trotzig die Stirn bietet, sondern Auswege eröffnet. Die CDU hat die Zäsur der Jahreswende 1989/90 als Gestaltungsaufgabe angenommen und mit der Verabschiedung ihres neuen Grundsatzprogramms „Freiheit in Verantwortung“ zugleich Kontinuität und Erneuerungswillen, Offenheit und Geschlossenheit bewiesen.

Wandel als Ausgangslage

Daß die CDU als führende Regierungspartei im Zentrum der oppositionellen Kritik steht, gehört zu den demokratischen Regeln, beschreibt aber nur zum Teil die Ausgangslage der CDU. Wichtiger sind eine Reihe „strategischer Dilemmata“, die sich aus der Zäsur 89/90 ableiten. Der Wandel ist bis in die gewohnte Lebenswelt des einzelnen hin-

ein spürbar und zwar in großem Umfang und mit einer kaum noch nachvollziehbaren Geschwindigkeit. Daraus erwächst für viele Menschen das Gefühl der Unsicherheit. Von der Politik erwarten sie die Wiederherstellung überschaubarer Lebensverhältnisse, also Sicherheit. Um sie zu fördern, muß die Politik auf Anpassungsprozesse drängen. Sie mutet den Menschen Veränderungen zu, was das Gefühl der Unsicherheit verstärkt.

Nur der notwendige Wandel aber verbürgt Sicherheit: „Change in time“, nicht „Time for change“. Die CDU hat mit der Wiedervereinigung, mit der gründlichen Inventur und dem eingeleiteten Strukturwandel der deutschen Wirtschaft und mit der Übernahme der von der Völkergemeinschaft erwarteten internationalen Verantwortung bewiesen, daß sie Kontinuität und Erneuerung miteinander zu zukunftsfähigen Antworten verbindet.

Mit der Wiedervereinigung und dem europäischen Umbruch hat sich zugleich der Problemdruck auf die Politik erheblich erhöht. Entsprechend schnell und arbeitsintensiv mußte sie reagieren. Was früher als Jahrhundertwerk galt, wurde in der jetzigen Legislaturperiode binnen weniger Monate umgesetzt: Steuerreform, Rentenreform, Gesundheitsreform, Aufbau Ost, Solidarpakt, Novellierung des Asylrechts, Bahnreform, Postreform. Der gewachsene Entscheidungsbedarf ist dabei zu einem strukturellen Vermittlungsproblem mutiert. Die Vermittlung und Klärung der Reformen mußte in gleichem Umfang abnehmen, wie Anzahl und Schnelligkeit der Gesetzgebungsverfahren und Regierungsmaßnahmen zunahmen.

Zum anderen mußten Maßnahmen durchgesetzt werden, die mit Tabus, wohlbehüteten Gruppeninteressen und Besitzstandsdenken brechen. Obwohl notwendig und sachlich geboten, sind etwa Sparmaßnahmen nicht gerade populär. Zwar werden gemeinhin von der Regierung auch unpopuläre Maßnahmen als Ausweis politischer Führungskraft gefordert. Im Ernstfall aber ist der Argwohn groß. Begründet ist dies vielfach in den unterschiedlichen Erwartungen, was Politik leisten soll und leisten kann. Der Glaube an den Staat als die große Versicherungspolice gegen alle Unwägbarkeiten des persönlichen Lebens ist erschüttert, hat aber eher die Politik ins Halbdunkel der Un-

Die These von der Sozialdemokratisierung ist ebenso falsch wie der Vorwurf, die CDU habe die politische Mitte verlassen und damit verloren. Er entspringt dem Versuch der „Linken“, Terrain zu gewinnen. Die Linke fürchtet um ihren Deutungsanspruch und bläst mit dem Vorwurf „Kulturkampf“ (Peter Glotz) zum letzten Gefecht. Sie kämpft dabei zunehmend auf verlorenem Posten. Tatsächlich ist der Auszug aus dem linken Elfenbeinturm, der zum Mausoleum ergraut, längst im Gange.

Vor allem als Reaktion auf die schrecklichen Mordtaten von Mölln und Solingen setzte eine Debatte darüber ein, ob nicht die sichtbar gewordenen Aggressionen und Gewalt Folge einer offenkundigen Wert- und Bindungslosigkeit, des Verlustes von Sinnstiftung, Orientierung, Tugenden und Autoritäten, des Verlustes an Gemeinschaft und an Pflichten gegenüber dem Gemeinwohl sei?

Ohne ein gemeinsames und verbindliches Werteverständnis zerbricht die Gesellschaft – Leviathan in Lauerstellung. Wolf Lepenies mahnte kürzlich zum Nachdenken über einen Kanon des Wissens und der Werte, über einen Minimalkonsens gemeinsamer Überzeugungen und Haltungen. Claus Leggewie beklagte die Abwesenheit von Erziehung und bekannte sich zum „Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität“. Heinz Peter Dürr machte die drastische Enttabuisierung für die zunehmende Gewaltbereitschaft mitverantwortlich. Peter Schneider erinnert in seinem „Plädoyer für eine Erziehung nach Mölln“ an die Natur des Menschen, die eben nicht nur gut sei. Klaus Hartung fordert einen „realistischeren und pragmatischeren Umgang mit den Repressions- und Sanktionsinstrumenten unserer Gesellschaft“; gegenüber der „positiven Anthropologie“ sei der „konservative Wertekanon... nicht zufällig zeitgemäßer“. Der in die Emanzipations-Falle getappten Gesellschaft sei der Begriff des Gemeinwohls abhanden gekommen: „Mithin muß mit der Einschränkung jenes Begriffs von individueller Freiheit gerechnet werden, der es erlaubt, die Verantwortung fürs Allgemeine dem Staat zu überlassen.“ Martin Walser, einer selbstgerechten Priesterschaft den Spiegel vorhaltend, gibt zu bedenken, ob nicht die radikale Tabuisierung des Nationalen die Gegenbewegung provozierte: „Nur mit Verteufelung produziert man Teufel“. Für Hans Magnus Enzensberger ist eine erschreckende Sinnlosigkeit Ursache der schrecklichen Gewalt. Gesine Schwan pflichtet ihm bei: Sinnlosigkeit, weil das Leben gottlos geworden sei, weil gesellschaftliche Differenzierung und Atomisierung es offenbar immer schwerer machen, zuverlässige persönliche Beziehungen aufzubauen und zu erhalten.

Damit nicht genug. Alfred Grosser platzte der Kragen angesichts einer deutschen Linken, die, introvertiert und narzißtisch, erst das SED-Regime mehr hofierte als geißelte und jetzt vor der Aufgabe der Wiedervereinigung versage, die unfähig zur Anerkennung einer Ordnung der Freiheit sei, statt dessen die freiheitliche demokratische Grundordnung herablassend und verächtlich beurteile: „Eine Verachtung, die heute noch mehr als in den 70er und 80er Jahren die Politikverdrossenheit und nun die politische Entwurzelung in den neuen Ländern weitgehend mitverantwortet. Sei es nur durch die dumme Verwendung des Begriffs ‚konservativ‘.“

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Alles finstere Kanzlergehilfen, Vormänner einer geschickten Unionsstrategie? Wohl kaum. Aber ein unvoreingenommener Beleg für die Rückbesinnung und Rückkehr zur Mitte, die an Stimmen und Schattierungen reicher wird. Die CDU ist in guter Gesellschaft. Sie hat die Chance, den Konsens der Mitte zu gründen und die freiwillige Übereinstimmung in den Grundwerten und Institutionen, ohne die eine Gemeinschaft nicht lebensfähig ist, nicht nur einzufordern, sondern entscheidend mitzuprägen.

Die Union war und ist erfolgreich, wenn sie Volkspartei war und bleibt – eine Partei, in der sich unterschiedliche Traditionen, Interessen und Bekenntnisse bündeln. Diese Offenheit macht sie integrationsfähig. Offenheit heißt dabei nicht Beliebbarkeit. Klare Grenzziehungen sind ebenso unabdingbar wie feste Grundpositionen.

Parteireform

Über die Zukunft der Volksparteien entscheidet aber nicht allein ihre programmatische Anziehungs- und Überzeugungskraft, sondern auch, wie es ihnen gelingt, Plattform für die Bürgerbeteiligung zu sein und Mitgliederparteien zu bleiben. Die aktuelle Parteienkritik hat dabei auf Schwachstellen hingewiesen, die nicht einfach von der Hand zu weisen sind. In Schlagworten: verhärtete Parteistrukturen, unattraktive Veranstaltungsformen, zu wenig Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die „einfachen“ Mitglieder, Professionalisierung zu Lasten des Ehrenamtes, Verlust an Bürgernähe, Überdehnung der Einflußbereiche, Vorteilsnahme. Als Pauschalvorwürfe sind sie falsch, als Forderung an die Parteien, Fehlentwicklungen zu korrigieren, richtig.

Für die repräsentative Demokratie sind funktionierende Parteien unersetzbar. Die Parteien müssen aber offener, durchlässiger werden und sich auf das konzentrieren, was ihre eigentliche Aufgabe ist. Die CDU hat dies nicht tabuisiert, sondern eine Reformdiskussion begonnen, die von der Basis quer durch die Landesverbände und Parteigliederungen geht und dort zu – teilweise sehr weitreichenden – Ergebnissen geführt hat. Trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen konzentrieren sich die Maßnahmen auf folgende Schwerpunkte und Ziele:

- Stärkung der Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder bei Personal- und Sachentscheidungen durch Durchführung der Nominierungsverfahren und Parteitage (auf Wahlkreis- bzw. Kreisebene) als Mitgliederversammlungen sowie durch Einführung des Instruments der Mitgliederbefragung.

- Begrenzung der Amtszeiten sowie der Zahl der Ämter und Mandate, die ein Mitglied zeitgleich wahrnehmen kann, um so möglichst viele Parteimitglieder in die aktive Arbeit einzubinden, Verkrustungen vorzubeugen und eine kontinuierliche personelle Erneuerung zu fördern.

- Verpflichtung der Parteitage und Gremien, bei Wahlen und Kandidatenaufstellungen stärker vor allem junge Menschen und Frauen (entsprechend ihres Anteils in der Mitgliedschaft) zu berücksichtigen:

- Verpflichtung, Parteiveranstaltungen möglichst öffentlich durchzuführen, um den Interessen und Belangen der Bürger, etwa durch regelmäßig durchzuführende Fragestunden, mehr Gehör zu verschaffen. Parteiveranstaltungen sollen daher auch vorrangig Sachfragen erörtern und offene Gesprächsforen sein, statt starren Tagesordnungen und Satzungsvorschriften zu folgen. Der Dialog muß im Vordergrund stehen: Zuhören statt Monolog.

- Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger ohne Parteibuch. Viele Mitbürger, vor allem junge Menschen, sind zu einem projektbezogenen, zeitlich und thematisch begrenzten politischen Engagement bereit. Vielen scheint auch der Eintritt in eine Partei im ersten Anlauf eine „zu hohe Hürde“, die über abgestufte Formen der Mitgliedschaft („Schnuppermitgliedschaft“) gesenkt werden kann.

- Selbstbeschränkung der Parteien, etwa bei der Wahrnehmung von Funktionen in Aufsichtsräten und Kontrollgremien öffentlicher Unternehmen; verstärkte Berufung externer Fachleute in öffentliche Aufgaben statt Vergabe von Ämtern nach Parteibuch.

- Verpflichtung aller Mandatsträger zur Offenlegung der politischen, beruflichen und öffentlichen Ämter und Mandate, um den Vorwürfen der unkontrollierten Machtausübung, Verfälschung und Vorteilsnahme offensiv zu begegnen.

Der Katalog ist nicht erschöpfend. Vielfach ziehen die Reformempfehlungen und -beschlüsse den Kreis weiter, plädieren für eine stärkere Wiederbelebung des politischen Ehrenamtes (Landtagsmandate als „Teilzeitmandate“), regen die Festlegung der Diäten durch unabhängige Kommissionen an, fordern Veränderungen des Wahlrechts (Kumulieren und Panaschieren, Direktwahl der Bürgermeister und Landräte), um auf kommunaler Ebene die Entscheidungsspielräume und -vollmachten der Bürger zu verbessern.

Parteireform ist für die CDU keine Zukunftsmusik, sondern eine Debatte, die die Partei kontrovers führt und belebt. Sie ist ein Stück Erneuerung, die an vielen Ecken sichtbar wird: In Baden-Württemberg werden 80 Prozent der CDU-Bundestagskandidaten durch Mitgliederversammlungen nominiert – ein Element mit langer Tradition in der Landespartei. In Niedersachsen waren von den 100 Kandidaten, die sich zur Landtagswahl stellten, 55 erstmals nominiert worden; davon waren elf jünger als 35 Jahre. Die CDU in Nordrhein-Westfalen schickt allein zehn Bundestagskandidaten im Alter von 26 bis 34 (Stand Anfang Februar 1994) ins Rennen. Sie wurden nominiert auf Mitgliederversammlungen, die bis zu 800 Teilnehmer zählten. Dies alles sind Mosaiksteine, die manchem parteiverdrossenen Kommentator nicht ins Bild passen mögen.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem auch eine Geschichte der Leistungen ihrer demokratischen Institutionen, nicht zuletzt der großen Volksparteien. Unser Land wird die ihm gestellten Aufgaben meistern, wenn es sich auf das zurückbesinnt, was es in über vier Jahrzehnten nach vorne gebracht hat: Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft, Solidarität und soziale Sicherheit, wehrhafte Demokratie nach innen und außen.

Zukunft gestalten, Bewährtes erhalten, Stabilität sichern

1994 ist das Jahr der Nagelprobe für die politische Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen ist die Bundestagswahl im Oktober 1994 von schicksalhafter Bedeutung weit ins nächste Jahrtausend hinein. Die Regierungsverantwortung für Deutschland darf deshalb nicht in die Hände von Zukunftsverweigerern geraten. Das aber sind jene Parteien, deren politische Vorstellungen und Grundüberzeugungen nach wie vor von ideologischem Denken, nicht aber von Realismus bestimmt sind.

Die gewaltigen Aufgaben in Deutschland – Wirtschaftsaufschwung und Aufbau Ost, Bewältigung der finanziellen Erblast des SED-Regimes, Bewahrung und Verbesserung des inneren Friedens, der inneren wie der äußeren Sicherheit – erfordern mehr denn je eine handlungsfähige, verantwortungsbewußte und mutige Regierung. Die CSU will deshalb eine Fortsetzung der Koalition der Mitte mit CDU und F.D.P. Eine Große Koalition, das ist die historische Bilanz der Erfahrungen in den Jahren 1966 bis 1969, ist keine vernünftige Alternative für unser Land. Eine Große Koalition führt zwangsläufig zum Erstarken der politischen Ränder links wie rechts, weil eine echte und starke Opposition im Parlament fehlt. Rein rechnerisch mag die Handlungsfähigkeit einer Großen Koalition größer und besser erscheinen als andere Konstellationen; diese Rechnung, auch das lehren die Jahre 1966 bis 1969, geht aber nur auf dem Papier auf.

Zur Koalition der Mitte gibt es keine vernünftige, verantwortbare politische und personelle Alternative. Rot-Grüne Experimente, Wahlverweigerung, Protestwahl und direkte Stärkung radikaler, extremer Kräfte sind eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und damit auch der Stabilität in West- und Mitteleuropa.

I.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und mit der Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Außen- und

Sicherheitspolitik grundlegend geändert. Die Bedrohungsszenarien der Vergangenheit durch den Warschauer Pakt sind hinfällig geworden, nicht jedoch das Sicherheitsproblem als solches. Das Ende des Ost-West-Gegensatzes hat nicht automatisch zu mehr Sicherheit und einer friedlicheren Welt geführt. Nicht erst der Wahlerfolg Schirinowskis in Rußland hat deutlich werden lassen, daß neue Gefahren für Frieden und Sicherheit drohen. Der mörderische Krieg auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien, aufbrechende Nationalitätenkonflikte auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion und das Erstarken reaktionärer kommunistischer Kräfte machen deutlich: Es darf keine Abstriche bei den Bemühungen um äußere Sicherheit geben.

Deutschlands Sicherheit kann auch in Zukunft nur im Verbund mit unserem europäischen Nachbarn und den Vereinigten Staaten von Amerika gewährleistet werden. Wir brauchen die transatlantische Partnerschaft und einen amerikanischen Bündnispartner, der politisch und militärisch eine europäische Macht bleibt. Die Truppenpräsenz der USA in Europa muß deshalb mehr als nur symbolischen Charakter haben. Die zum Jahresbeginn von der NATO den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten angebotene Friedenspartnerschaft verstehen wir als eine erste Stufe und Option zur Erweiterung der NATO durch unsere östlichen Nachbarn. Die Westeuropäische Union als Instrument der europäischen militärischen Handlungsfähigkeit ist vor allem dann sinnvoll, wenn sie den europäischen Pfeiler der Atlantischen Allianz stärkt.

Bei aller Notwendigkeit zum Sparen ist es unerlässlich, daß die Bundeswehr bündnis- und einsatzfähig bleibt und auch in Zukunft über eine moderne Ausrüstung verfügt. Auch unter den veränderten Bedingungen der Weltpolitik halten wir an der allgemeinen Wehrpflicht fest. Diese ist und bleibt Ausdruck der persönlichen Mitverantwortung des Bürgers und seines Beitrages für ein Leben in Frieden und Freiheit.

Nach der Vereinigung Deutschlands erwartet die internationale Staatengemeinschaft zu Recht eine uneingeschränkte Mitwirkung an Aufgaben und Einsätzen der Vereinten Nationen. Wer Mitglied der UNO ist, darf nicht nur die Rechte beanspru-

chen, sondern muß auch die Pflichten wahrnehmen. Deutschland muß bereit und in der Lage sein, sich an internationalen Einsätzen zur Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens militärisch zu beteiligen. Das schließt alle von der UN-Charta vorgesehenen Maßnahmen ein. Die Verweigerung, welche die SPD auch auf diesem Gebiet betreibt, würde unser Land handlungs- und bündnisunfähig machen und in die Isolation treiben.

Das Grundgesetz erlaubt entsprechende Einsätze Deutschlands; dennoch sind wir bereit, klarstellende Formulierungen im Grundgesetz mitzutragen. Aber mit der CSU gibt es keine Regelung, die hinter der jetzigen Rechtslage zurückbleibt. Entzieht sich Deutschland seiner Verantwortung für die internationale Friedenssicherung, erwachsen daraus nachhaltige außenpolitische und außenwirtschaftliche Schäden. Die Frage der Bereitschaft Deutschlands zur Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung ist in seinen Auswirkungen von nicht minderem Gewicht als die entscheidenden früheren Weichenstellungen, wie z. B. Westintegration, Wiederbewaffnung, NATO-Mitgliedschaft oder der NATO-Doppelbeschluß zur Nachrüstung und Rüstungskontrolle.

II.

Als Land mit den meisten Grenzen und Nachbarn in Europa sind wir wie kein anderer auf Freundschaft und Partnerschaft in Europa angewiesen. Neben der friedenssichernden Kraft der NATO hat der Geist der Partnerschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft für jetzt fast fünf Jahrzehnte Frieden und Freiheit garantiert. Es kann und darf gerade uns Deutschen nicht gleichgültig sein, welchen Weg Europa und die Europäische Union künftig gehen. Wir wollen ein einiges Europa – nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch und gerade in politischer Hinsicht. Der europäische Einigungsprozeß muß wieder Faszination und Anziehungskraft ausstrahlen und Antwort sein auf das aufkeimende Gespenst des Nationalismus in Ost- und Südosteuropa. Damit wir auch in Zukunft in Frieden und Freiheit leben können, braucht ganz Europa heute mehr denn je einen sicheren und festen Anker. Das kann nur eine starke Europäische Union sein. Es gilt, den Vertrag von Maastricht in all seinen Teilen umzusetzen.

Die Fehlentwicklung hin zu immer mehr Bürokratismus und Zentralismus muß allerdings korrigiert

werden. Europa darf kein vereinheitlichtes Europa sein, sondern es muß sich am föderativen Prinzip orientieren, den unterschiedlichen Regionen ihren politischen und kulturellen Freiraum und Handlungsspielraum belassen. Der Karlsruher Urteilspruch zu Maastricht hat die Position der CSU bestätigt, daß es einen europäischen Bundesstaat nach Muster der Vereinigten Staaten von Amerika nicht geben kann und wird.

Wir wollen und brauchen ein Europa der Nationen, ein Europa der Vaterländer, ein Europa der Regionen. Was national oder regional besser entschieden werden kann oder sollte, darf nicht nach Brüssel verlagert werden. Im Gegenteil: Zahlreiche Kompetenzen müssen an den nationalen Souverän oder die Bundesländer zurückverlagert werden. Es gilt, Europa weiter aufzubauen als Einheit in Vielfalt.

Eine weitere Vertiefung der europäischen Einigung und die Erweiterung der Europäischen Union um Österreich, Schweden und Finnland sowie Norwegen und auch die Schweiz sind kein Gegensatz. Den Staaten Mittel- und Osteuropas bieten wir mittel- bis langfristige Perspektiven eines Beitritts. Die Zusammenarbeit der EU mit unseren östlichen Nachbarn ist deshalb zu verstärken. Eine volle EG-Mitgliedschaft wird aber erst dann erfolgen können, wenn alle Voraussetzungen – gesicherte Demokratie, Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte und funktionierende Marktwirtschaft – erfüllt sind.

III.

Eine einheitliche Europawährung wird und kann es nur dann geben, wenn die stabilitätspolitischen Voraussetzungen dafür gegeben und garantiert sind. Die Meßlatte für den Eintritt in die Währungsunion ist und bleibt so hoch gelegt, daß selbst wir Deutschen erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die Kriterien zu erfüllen. Nicht nur aus diesem Grund, aber auch deshalb gibt es zur Spar-, Konsolidierungs- und Stabilitätspolitik von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel keine Alternative.

Die vorhandenen Finanz- und Wirtschaftsprobleme sind nicht von der Bundesregierung hausgemacht, sondern Folge einer deutlichen Weltwirtschaftsflaute, der Abtragung der über 40jährigen sozialistischen Erblast in der ehemaligen DDR, der Lohnstückkostenexplosion um rund 13 Prozent

allein in den drei Jahren 1990 bis 1992 sowie struktureller Fehlentwicklungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Um die Wirtschaft mit deutlichen Impulsen zu beleben, bedarf es vor allem: Verzicht auf weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen, Umbau der Sozialsysteme, Sparrunde im öffentlichen Dienst, Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen, Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Energiepreise, Reduzierung des Staates auf Kernaufgaben, Entschlackung von Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren sowie Umweltschutz mit marktkonformen Lösungen. Durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten muß dagegen angegangen werden, daß Deutschland in der EU die niedrigsten Betriebsnutzungszeiten hat. Arbeitszeitverkürzung nach dem VW-Modell ist kein generell geeignetes Instrument, die vorhandenen Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Es kann nicht vornehmlich darum gehen, nur die vorhandene Arbeit zu verteilen, sondern darum, mehr bezahlbare Arbeit und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hat oberste Priorität; Verwaltung des Mangels – eine sozialistische „Errungenschaft“ – hat mit der CSU keine Chance. Deutschland braucht mehr Unternehmer und vor allem wieder mehr Unternehmen, die international wettbewerbsfähig sind. Es gilt, den Anstieg der Lohnnebenkosten zu beenden und zurückzuführen. Von daher muß die Dynamik der Sozialsicherungssysteme begrenzt werden, wie es Horst Seehofer mit der Gesundheitsreform erfolgreich und nachhaltig gelungen ist. Nicht weiterer Ausbau, sondern „Umbau des Sozialstaats“ lautet das Motto für die Zukunft.

Weitere Privatisierung, Deregulierung und Reduzierung der Staatsquote, die infolge der Wiedervereinigung auf jetzt 51 Prozent hochgeschwungen ist, sind unerlässlich für einen umfassenden Wirtschaftsumschwung. Alle öffentlichen Haushalte müssen sich – auch im Hinblick auf die Personalkosten – an der konsequenten Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumspolitik des Bundesfinanzministers orientieren.

Geldwertstabilität ist von entscheidender Bedeutung nicht nur für das Vertrauen in die D-Mark, sondern für das Wirtschaftsklima in unserem Land insgesamt. Ferner gilt: Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik. Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie es die SPD-Vorstellungen aufgrund ihrer ideologischen Scheuklappen und ihrer Umverteilungspolitik vorsehen, sind der falsche Weg. Zusätzliche Belastungen wären Gift für den weiteren Konjunkturverlauf. Die Situation der öffent-

lichen Finanzen ist und bleibt angespannt. Sparen ist auch weiter oberstes Gebot. Aber dank der mutigen und vorausschauenden Finanz- und Haushaltspolitik des Bundesfinanzministers konnten positive Akzente gesetzt werden, die ein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt bewirkten und eine Ausuferung der Neuverschuldung verhindern. Das, was wir brauchen, ist eine Aufbruchstimmung ähnlich wie in den fünfziger Jahren, also den Leistungswillen und die Leistungsbereitschaft von damals, sowie mehr Solidarität und weniger Gruppenegoismus.

IV.

Innere Sicherheit ist die grundlegende Voraussetzung für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben in Deutschland. Der demokratische Staat hat die Pflicht, die Bürger vor den verschiedenen Formen der Kriminalität zu schützen und Straftaten entschieden zu bekämpfen. Eine Gesellschaft, in der die Angst vor Straftaten die Lebensplanung des Einzelnen bestimmt, ist keine wirklich freie Gesellschaft mehr. In Sachen Sicherheit und Schutz vor Kriminalität darf es keine Zweiklassen-Gesellschaft geben. Richtig verstandene Sicherheitspolitik ist deshalb auch ein soziales Anliegen. Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist und bleibt primär eine Aufgabe des Staates. Notwendig, um die Rechtsordnung zu gewährleisten, ist die wehrhafte Demokratie – gegenüber der Kriminalität ebenso wie gegenüber dem politischen Extremismus.

Die organisierte Kriminalität darf sich in Deutschland nicht weiter ausbreiten. Ihre konsequente und harte Bekämpfung mit den dafür erforderlichen Mitteln ist für das Wohl und Wehe unseres Landes und unserer Bürger von entscheidender Bedeutung. Es müssen Instrumente geschaffen und geschärft werden, mit denen wir dem organisierten Verbrechen mit Aussicht auf Erfolg begegnen können. Mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz der Koalition 1994 wird weitreichendes geschaffen.

Die akustische Beweissicherung in Verbrecherwohnungen und die Erlaubnis für milieugerechtes Verhalten verdeckter Ermittler im Bereich der organisierten Kriminalität, illegales Glücksspiel und Drogenhandel bleiben darüber hinaus zwei wesentliche und elementare Punkte für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Schwerstkriminalität. Für Schwerstverbrecher darf es keine rechtsfreien Räume geben. Es darf keinen Anspruch auf Aus-

übung und Mißbrauch der Grundrechte zur Begehung von Schwereverbrechen geben. Falsch verstandener Liberalismus darf nicht zu einem Täterschutz zu Lasten der Opfer führen. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes sind zu nutzen, um einen optimalen Beitrag zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des internationalen Rauschgifthandels, der Geldwäsche und des Terrorismus leisten zu können. Eine Freigabe sogenannter weicher Drogen, sprich Legalisierung von Handel, Besitz und Konsum entsprechender Suchtmittel, ist mit der CSU nicht machbar. Dies wäre der Beginn einer Kapitulation vor der Rauschgiftkriminalität.

V.

Deutschland ist kein Einwanderungsland und wird das auch in Zukunft nicht sein. Die CSU lehnt daher ein Einwanderungsgesetz ab. Ein Einwanderungsgesetz könnte die Zuwanderung nicht begrenzen, sondern sie würde sie ausweiten. Das neue Asylrecht erweist sich als erfolgreich und wirkt. Die Zahl der Asylbewerber hat um mehr als die Hälfte abgenommen. Dennoch bewegt sich die Zahl der Antragsteller an der oberen Grenze dessen, was für unser Land verkraftbar und zu bewältigen ist.

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Die überwältigende Mehrheit unserer Bürger ist nicht fremdenfeindlich, sondern lebt friedlich im Alltag mit ausländischen Mitbürgern zusammen. Deutschland ist das Land in Europa mit dem höchsten Ausländeranteil. Wir Deutsche wissen, was wir ihnen verdanken. Wir wollen und werden die Integration der Ausländer weiter fördern.

Eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft trägt allerdings nicht dazu bei. Die doppelte Staatsbürgerschaft bringt Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Rechte und Pflichten gegenüber zwei Staaten mit sich. Loyalitätskonflikte sind vorprogrammiert. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht ein Mittel der Integration, sie ist das Ergebnis und steht am Ende der Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und -bürger, die sich dauerhaft für Deutschland und seine Gesellschaft entschieden haben.

Staat und Gesellschaft müssen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen ausländerfeindliche Gewalt vorgehen. Wir dürfen und werden es nicht zulassen, daß Extremisten die Freiheit

dazu mißbrauchen, Rassismus zu predigen, Menschen anderer Herkunft oder anderen Glaubens anzugreifen. Es gilt, den Rechtsextremismus in all seinen Formen und Verbindungen zu bekämpfen. Mit gleicher Konsequenz muß der Staat dem Linksextremismus begegnen. Er unterscheidet sich in seinen gesellschaftsfeindlichen Zielen und menschenverachtenden Aktionen nicht von den Rechtsextremisten. Vor Extremisten darf es kein Zurückweichen des demokratischen Rechtsstaats geben. Nur eine wehrhafte Demokratie hat Zukunft. Nur ein sicherer Staat ist ein liberaler Staat.

Alle demokratischen Parteien müssen klare Abgrenzungen zu den radikalen und extremen Kräften auf dem rechten wie linken Spektrum ziehen. Die freiwilligen Erben der SED und Altkommunisten in der PDS dürfen nicht salonfähig werden. Eine wie immer geartete Zusammenarbeit der PDS von seiten einer demokratischen Partei darf es nicht geben. Hier ist eine ebenso klare Abgrenzung erforderlich, wie dies von allen Parteien gegenüber den radikalen und extremen Kräften am rechten Rand geschieht. Die Bürger müssen sich im klaren darüber sein, daß Proteststimmen oder Nichtwählen nur die radikalen und extremen Parteien an den Rändern stärkt, aber nicht zur Lösung vorhandener Probleme beiträgt, sondern die politische Entscheidungskraft schwächt. Die Verhältnisse der Weimarer Republik mit der Zersplitterung des Parteiensystems und mit gegenseitigem Hochschaukeln der Extremisten rechts und links darf sich in Deutschland nicht wiederholen. Es geht um das Schicksal Deutschlands und nicht um das einer Partei. Rechten und linken politischen Rattenfängern muß eine klare Absage erteilt werden.

VI.

Als erfolgreiche Volkspartei schreibt die CSU Bürgernähe groß und greift alle dringenden Fragen der Zeit auf, die den Menschen auf den Nägeln brennen, und betreibt ihre konsequente Umsetzung in praktische Politik. Die CSU versteht sich dabei als Anwalt gerade der „kleinen Leute“. Wir sprechen auch das aus, was unpopulär, aber in der Sache notwendig ist: Die CSU ist keine Schönwetter-Partei, sondern sorgt mit ihrem Mut zur Wahrheit für Klarheit, Berechenbarkeit und Kontinuität in München ebenso wie in Bonn. Entscheidungskraft, Verlässlichkeit, klare Ziele und realistisches

Handeln sind Voraussetzung dafür, das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein und ohne lähmendes Gezerre getroffen werden. Grundsatztreue, Orientierung an Grundwerten und Offenheit schaffen Vertrauen in die Politik und zu den Politikern und sind geeignet, verlorengegangene Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen. Gesunder Menschenverstand muß die politische Zielrichtung prägen, nicht utopische Gedankenspielerei oder bürokratische Regelungswut. In der Politik muß wieder mehr der Mut einkehren, mit Wirklichkeitssinn und Nüchternheit zu sagen, was geht und was nicht machbar ist. Es ist erforderlich, auch unbequeme Wahrheiten deutlich auszusprechen.

Nicht in jedem Fall kann die Politik Lösungskompetenz anbieten, dann muß sie dies auch deutlich sagen. Viele komplexe Fragestellungen und Probleme lassen keine schnellen und einfachen Antworten zu, das gilt es denn aber auch den Bürgern zu vermitteln, anstatt vermeintlich für alles und jedes eine richtige Lösungskompetenz parat zu haben und anbieten zu können. Generell gilt es zu verdeutlichen, daß Staat und Politik nicht alles lösen und leisten können oder dürfen. Es funktioniert eben nicht, alles auf den Staat abwälzen zu wollen. Es gilt deshalb, von dem Irrglauben an die schier unbegrenzte Handlungsallmacht von Staat und Politik Abschied zu nehmen.

Der einzelne Bürger muß sich wieder mehr als Subjekt, denn als Objekt staatlichen Handelns begreifen. Es wäre aber falsch, die politische und historische Leistung der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag seit 1949 zu verschweigen. Ihnen ist es zu verdanken, daß sich seit 1949 eine stabile demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung herausgebildet hat, die in über vier Jahrzehnten allen inneren und äußeren Anforderungen gerecht geworden ist und standgehalten hat. Die größte Leistung der Parteien, insbesondere der Volksparteien, ist es, eine politische Integration dahingehend verwirklicht zu haben, daß politische Extremisten weder links noch rechts eine Chance wie seinerzeit in der Weimarer Republik hatten, die Demokratie zu gefährden. Die demokratischen Parteien waren und sind der politische Stabilitätsanker in unserer politischen Ordnung. Fehlentwicklungen müssen beseitigt werden und die Stärke unseres Systems zeigt sich gerade darin, daß Mißstände nicht unter den Tisch gekehrt werden, sondern aufgedeckt und dann fällige Korrekturen vorgenommen werden. Die große

Mehrheit der Parteimitglieder arbeitet ehrenamtlich und mit ideellem Engagement. Hier geht es um die Ausgestaltung der öffentlichen Ordnung, des öffentlichen Lebens; sie verstehen ihr politisches Engagement als Dienst im Interesse des Allgemeinwohls. Aufgabe aller verantwortlichen Politiker muß es sein, verlorengegangenes Vertrauen durch überzeugtes ehrliches politisches Handeln und verantwortliche Wahrnehmung der politischen Ämter, in welcher Position auch immer, zurückzugewinnen. Erforderlich ist, daß sich die Parteien auf den Kern der politischen Staatsaufgaben konzentrieren. Politik kann und darf kein alles und jedes umfassendes Dienstleistungsunternehmen sein. Hier sind vielmehr auch die Kirchen, Gewerkschaften, aber auch Intellektuelle und Kulturschaffende gefordert.

Die Parteien, auch die CSU, müßten sich mehr für die Mitarbeit von Nichtmitgliedern und parteigebundener Experten öffnen. Das Bild der Parteien als „closed shop“ muß sich ändern. Die Parteien müssen wieder stärker direkt auf die Menschen zugehen. Der Staat muß insgesamt wieder schlanker, durchschaubarer, verständlicher und einfacher werden. Entstaatlichung ist eine wichtige Antwort auf die Parteienkritik. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe kann und darf nicht zu einem Ersatzinstrument für politische Entscheidungen und die Wahrnehmung politischer Verantwortung werden. Dies widerspricht eindeutig dem Geist und den Vorstellungen der Verfassungsmütter und -väter und wird der von den Bürgern erwarteten Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Politik, nicht gerecht. Das rechtsstaatliche Gefüge muß so ausgerichtet sein, daß das Rechtsempfinden der großen Mehrheit der Bevölkerung keinen Schaden leidet.

Fast 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und im vierten Jahr nach dem Wiedererlangen der Deutschen Einheit ist es an der Zeit, daß die Deutschen – ohne die Geschichte mit all den barbarischen und verabscheuungswürdigen Verbrechen des Dritten Reichs und der Ungeheuerlichkeit der Judenvernichtung zu leugnen – ein normales Verhältnis zu ihrem Vaterland herausbilden und zu ihrer nationalen Identität zurückfinden. Nur ein unverkrampftes Verhältnis und Bekenntnis zu Vaterland und Nation garantiert auf Dauer eine problemlose Einbettung unseres staatlichen Gemeinwesens in das internationale Staatengeflecht. Identitätsdefizite rufen Unsicherheit hervor. Es wird eine der entscheidenden Aufgaben aller verantwortlichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte der nächsten Jahre sein, Nationalbewußtsein und grundgesetzliche Demo-

kratie untrennbar zu verbinden, den Deutschen in Ost und West eine stabile Identität zu vermitteln. Wir müssen uns stärker bewußt werden, wer wir sind. Das ist wichtig nicht nur für uns, für die Einheit der Deutschen, sondern auch für die Zukunft Europas.

Patriotismus und Heimatliebe stehen nicht im Gegensatz zur europäischen Integration, zu Liberalität und Weltoffenheit. Halt und Orientierung in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt und in einer Gesellschaft, die mehr und mehr ihre Integrationskraft zu verlieren droht und sich in eine Vielzahl von Einzel- und Gruppeninteressen aufgliedert, wachsen auch nicht zuletzt aus der

Verwurzelung in Heimat und Herkunft. Patriotismus und europäische Gesinnung gehören zueinander, bedingen einander. Sie schaffen ein Klima, in dem nationale Selbstüberheblichkeit und Nationalismus keine Nahrung finden.

Die CSU hat in allen zentralen Fragen Deutschlands stets die richtige Antwort gegeben; sie besitzt die Kompetenz für die Lösung der Zukunftsaufgaben. Die CSU war und ist der Garant für eine klare und berechenbare Politik. Als Partei der programmatischen wie personellen Geschlossenheit sowie der bayerischen, deutschen und europäischen Verantwortung stellen wir uns zuversichtlich dem Urteil der Bürger in den anstehenden Wahlen.

Wahl '94: Was tun?

Der Idealvorstellung, daß Wahlzeit Aufklärungszeit sein soll, entsprechen Wahlkämpfe im Medienzeitalter schon lange nicht mehr. Das Jahr 1994 mit seinen fast 20 Wahlen droht schon jetzt, die schleichend um sich greifende antidemokratische Attitüde kräftig zu befördern, statt ihr entgegenzuwirken.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Lage, die so reich an ungelösten Problemen und Krisen ist, wie noch nie seit ihrer Gründung. Die Bundesregierung muß dafür die Verantwortung übernehmen. Die Opposition, womit hier die SPD gemeint ist, sieht sich aber auch selbst dem Vorwurf ausgesetzt, sie unterscheide sich nicht so richtig von der Regierungskoalition. Woran mag es liegen, daß diejenigen Wählerinnen und Wähler, die die angeblich unzureichende Opposition kritisieren, gar nicht zur Kenntnis nehmen, was alles anders gewesen wäre, hätte seit Ende 1990 die SPD regiert?

Ein paar Beispiele: Die Treuhandanstalt hätte nicht unter Privatisierungszwang gestanden, sondern hätte die ostdeutschen Betriebe zunächst sanieren dürfen, um sie dann um so zukunftsicherer, möglicherweise gegen erkennbare Verkaufspreise, zu privatisieren. Ich bin sicher, auf diese Weise hätte eine weitaus größere Zahl von Betrieben diese Umstellung überlebt. Eine Pflegeversicherung – ohne Kompensation – wäre wahrscheinlich längst in Kraft; bei der Klärung der Eigentumsfragen in Ostdeutschland gälte der Grundsatz Entschädigung vor Rückgabe: Das Gegenteil verursacht heute nicht nur Ängste, Sorgen und Ärger bei unzähligen Menschen, sondern hemmt auch ungemein die Investitionstätigkeit in den ostdeutschen Bundesländern. Bei der Überleitung des Rentenrechts auf Ostdeutschland wäre der Grundsatz, daß Sozialrecht niemals der Strafe dienen dürfe, sicher beachtet worden; Kürzungen im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, aber auch bei Sozialleistungen, wären nicht vorgenommen worden. Wir hätten keinen Asylkompromiß, sondern ein neues Zuwanderungsrecht, das die Einwanderung nach Deutschland steuert und kanalisiert, politisch Verfolgten und zum Beispiel Bürgerkriegsflüchtlingen ohne weiteres Schutz gewähren würde. Das sind nur einige Beispiele für Unterschiede, ja in einzelnen Fragen Gegensätze

zwischen dem, was die Regierung getan, und dem, was die Opposition gefordert hat.

Das Meinungsbild, das einen Mangel an Unterscheidbarkeit behauptet, mag mehr von den Kompromissen und Gemeinsamkeiten geprägt sein, die es auch gegeben hat: Die Gesundheitsreform und die Rentenüberleitung sowie jetzt auch die Pflegeversicherung gehören an die Spitze der Kompromisse, auf die wir als Opposition mit Recht stolz sein dürfen, so viel von unseren Vorarbeiten und Forderungen sind darin erkennbar. Das Stasi-Unterlagengesetz ist die bisher wohl einzige überparteiliche Gemeinschaftsarbeit, bei der sich die westdeutschen Parlamentarier aller Fraktionen von ihren ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen einmal etwas haben sagen lassen.

Nicht genug Platz wäre allerdings, die vielen Kompromisse aufzuzählen, in denen eine in den Ländern – also im Bundesrat – starke SPD zwar auf neue Bundesgesetze erheblichen Einfluß nehmen konnte, aber zugleich Zugeständnisse machen mußte, die nun der SPD angekreidet werden. Schade, daß nicht dieselben, die immer wieder die Übermacht der Parteien beklagen, hier einmal lobend feststellen, daß der Arm der Parteizentralen in vielen Fällen nicht ausreicht, alle Landesregierungen an die Kandare zu nehmen.

Die letzte Legislaturperiode war auch bestimmt von einigen großen und aufregenden Kontroversen, wo eine Entscheidung nach parteipolitischen Maßstäben gar nicht möglich war, nicht hätte erzwungen werden können und dürfen: Bonn – Berlin, § 218 und zuletzt Christos Kunstaktion mit dem Berliner Reichstagsgebäude. Das Parlament hätte sich zu anderen Zeiten mit diesen Debatten durchaus einen guten Namen verdient. Wer guckt da weg, um es nicht zugeben zu müssen?!

Der Rest sei grauer Alltag, fauler Kompromiß, Kontinuitäten – nichts Neues eben. Es mag ja sein, daß es einen ostdeutschen Blick voraussetzt, sich über diese grauen Töne freuen zu können. Daß Differenzieren erlaubt und geboten ist, daß nicht immer letzte Wahrheiten tangiert werden, die doch etwas Willkürliches haben, daß dieser Preis für den Pluralismus nicht zu hoch ist. Die Freude über diesen streitbaren Pluralismus erschließt sich

wohl auch im Osten nicht jedem sogleich. Das ist kein Vorwurf, im Gegenteil: Massenarbeitslosigkeit, relativ niedrige Einkommen oder noch schlimmer: Lohnersatzleistungen, Entindustrialisierung, neue Orientierung in einem ganz anderen Alltag stiften durchaus nachvollziehbar mehr Sorgen und Ärger, als teure Reisefreiheit und oft verwirrende politische Vielfalt Freude machen können.

Trotzdem braucht die Demokratie gerade jetzt Freunde, Verteidiger, Offensiv-Verteidiger. Das übellaunige Geraune über Parteiengzänk und ungenügende Problemlösung – nicht immer unberechtigt zwar – offenbart eine Unlust an der Demokratie, die mich beunruhigt.

Hier liegt eine Bewährungsprobe für die Parteien. Ob sie sie bestehen, ist noch fraglich. Dazu müßten sie sich verborgener Tugenden erinnern: sagen, was ist, und tun, was man sagt. Nicht das Blaue vom Himmel herunter versprechen, sondern die Grenzen des politischen Handelns mitbedenken und erklären. Ein Dauerwahlkampf unter diesem Motto wäre ein Gewinn für die Demokratie. Wir, die SPD, wollen das versuchen.

Wir werden den Wählerinnen und Wählern sagen, daß wir als Erben von zwölf Jahren Kohl die Welt nicht über Nacht auf die Füße stellen können. Die Neuverschuldung darf nicht in dem gleichen Stil wie zuletzt weiterwachsen; die Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung der Durchschnittsverdiener erlaubt kaum erhebliche Verbesserungen der staatlichen Einnahmen. Das sind Rahmenbedingungen, mit denen jede Regierung ab 1995 rechnen muß. Die Zeiten, in denen allein durch Umverteilung von Zuwächsen die Welt zufriedenstellend in Ordnung gebracht werden konnte, sind damit zunächst einmal vorbei. Will man den einen etwas geben, muß man anderen etwas nehmen. Das wird keine leichte Aufgabe. Ganz gleich, ob sie auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit, die unter der konservativ-liberalen Regierung erheblich gelitten hat, zu lösen ist oder bei der vielleicht weniger komplexen Forschungsförderung. Das Beispiel der Kulturpolitik, die doch einmal die Aufgabe hatte, „zu ermöglichen“ (Hilmar Hoffmann), zeigt die Änderung: Heute werden wir auch da Tag für Tag entscheiden müssen, was noch ermöglicht werden kann mit öffentlicher Unterstützung, und was schon nicht mehr. Uns steht auf jeden Fall mehr Streit ins Haus.

Seit Jahrzehnten diskutiert wenigstens Westdeutschland über den Schutz der Umwelt. Die Tabuisierung dieses Themas durch die SED-Herrschaften in der DDR hat es dort zu einem Kristalli-

sationspunkt für Systemopposition gemacht. Jetzt zeichnet sich erst die Möglichkeit für ein die Unternehmen umfassendes gesellschaftliches Bündnis für ökologische Produktion, energiesparende Technologie, erneuerbare Energiequellen ab. Es wäre unverantwortlich, diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen zu lassen. Unverantwortlich gegenüber der Umwelt und unverantwortlich gegenüber der zukünftigen Wettbewerbssituation Deutschlands auf den Weltmärkten. Treibhauseffekt und Ozonloch sind globale Herausforderungen ersten Ranges. Jenseits allen wissenschaftlichen Streits dürfte feststehen, daß weniger Emissionen von CO₂, weniger Erwärmung der Atmosphäre sicherer irreparable Schädigungen begrenzen als ein betriebswirtschaftlich motiviertes Durchmogeln, beschönigt durch den Verweis auf etwaige analytische Unsicherheiten. Die Antworten heißen: Rohstoffe sparen – durch Wiederverwertbarkeit; nicht Entsorgungskreisläufe schaffen, sondern – nebenbei sparsamere – Wiederverwertungskreisläufe. Energieverbrauch und Umweltverbrauch besteuern und verteuern und nicht immer mehr Lasten auf die Arbeit abladen. Forschung und Entwicklung sind auf diese Zukunftsaufgaben auszurichten. Das alles wurde sträflich versäumt.

Sinnvolle Arbeit gehört zu den Grundbedingungen für die Würde des Menschen. Aber unsere Zukunft liegt nicht in der Perspektive der uns benachbarten Niedriglohnländer. Im Gegenteil: hochqualifizierte und teure Arbeit werden wir leisten müssen. Für die Summe der Arbeitsplätze bedeutet das ohne Zweifel, daß sie abnimmt. Das wissen wir schon lange. Getan aber wurde nichts, außer Arbeitsplätze unsicherer zu machen, außer Versuchen, Arbeit zu verbilligen oder gar der krausen Idee, Arbeitszeiten zu verlängern. Mit Zukunftsvorsorge hat das nichts zu tun. Wir müssen die vorhandene Arbeit teilen unter denjenigen, die arbeiten wollen, und wir müssen auch neue Arbeitsfelder, vor allem im Dienstleistungsbereich, schaffen. Dabei dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die den Wettlauf um immer höhere Qualifikationen nicht gewinnen können.

Die SPD bietet in diesem Wahlkampf ein ernst gemeintes Sachprogramm an, klare Alternativen für eine gesellschaftspolitische Umkehr; nicht nur Wohltaten an alle denkbaren Zielgruppen verteilend, sondern auch Anstrengungen abfordernd im Interesse einer sicheren Zukunft. Polemisch könnte man sagen: Wir schaffen die Umkehr, die Helmut Kohl nach zwölf Jahren Kanzlerschaft als letztes Argument zu fordern eingefallen ist.

Zwölf Jahre Kohl sind auch zwölf Jahre einer Politik des „Bereichert Euch!“ Die „geistig-moralische Wende“ ist eine Wende weg von gesellschaftlichen Tugenden, von Solidarität, hin zur Verteidigung des blanken Egoismus. Nicht Leistung lohnt sich in dieser Gesellschaft – was zählt, sind Status und Einkommen, aber ganz unabhängig davon, wie sie zustande gekommen sind. Der Prozeß der Individualisierung der Gesellschaft hat sicher etwas zwangsläufiges, aber es bedarf eines Korrektivs: der Solidarität.

Unverantwortlich dagegen finde ich es, sozial-populistische Agitation im Stile der PDS zu machen. Es ist interessant, wie von zwei Seiten versucht wird, die hier beschriebenen Unterschiede zwischen SPD und CDU zu verniedlichen. Bei der CDU geschieht dies in Verbindung mit dem Versuch, von der Debatte über Arbeitslosigkeit, Beschäftigungspolitik, internationale Wettbewerbsfähigkeit durch die teilweise verzerrte Darstellung deutschlandpolitischer Ereignisse in der vorvorigen oder noch früherer Legislaturperioden des Bundestages abzulenken. Die PDS, wohl von Natur verantwortungslos – als SED hatte sie sich nicht zu verantworten, als PDS kann sie es nicht –, muß als die irgendwie „bessere“ Opposition erscheinen, sonst findet sie keinen Platz im Parteienspektrum. Beide, CDU wie PDS, reagieren damit nicht auf gesellschaftliche Probleme, sondern auf ihre jeweils eigene, unterschiedlich existenzielle Bedrohung im Wahljahr 1994. Das ist verständlich, aber der Demokratie nicht ohne weiteres von Nutzen.

Mir ist das etwas andere, pragmatischere Politikverständnis, das bei manchem angeblich Politikverdrossenen zum Ausdruck kommt, durchaus sympathisch: die Vorstellung nämlich, Parteien könnten doch die Propagandaschlacht um die Stimmenmaximierung ein wenig zurücknehmen zugunsten eines Wettbewerbs um die besten Ideen, eines Diskurses zwischen Regierung und Opposition im Interesse optimaler Problemlösung. Nur eines wird sich dadurch nicht ändern: der Umstand, daß wir miteinander streiten. Das muß sein. Und noch etwas: Es gibt keine antagonistische Systemalternative mehr. Der Verdruß, der diesem scheinbaren Mangel geschuldet ist, kann vorerst nicht geheilt werden. Das Bedürfnis nach einer neuen Verheißung, einem gesellschaftlichen Glücksversprechen, einer neuen System-Utopie – das kann gottlob nicht befriedigt werden!

Aber es gibt wichtige Ziele und Aufgaben, von denen hier fünf herausgegriffen werden. Dabei geht es um Chancen und Herausforderungen der Deutschen Einheit, die die SPD nutzen will und – besser

als andere – bestehen kann. Sie geben unsere Perspektive an, über die genannten Probleme, über die Instrumente eines sozialdemokratischen Regierungsprogramms hinaus:

1. Gerechtigkeit ist die Bedingung für das Gelingen der inneren Einigung Deutschlands. Diese innere Einigung ist belastet, ist gefährdet durch die grobe Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Lasten und Chancen, von Gewinnern und Opfern der deutschen Einigung. Ungerechtigkeit aber beschädigt die Bereitschaft und die Fähigkeit, zu teilen.

Ungerechtigkeit bringt ‚Wessis‘ und ‚Ossis‘ gegeneinander auf. Es wäre zynisch, einem westdeutschen von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter oder Angestellten Besitzstandswahrungsmentalität vorzuwerfen. Was Westdeutschland und dabei vor allem die Arbeitnehmer erbringen, ist eine ganz außerordentliche Solidaritätsleistung. Und dies belegt den Satz, der auch für die nächsten Jahre gelten wird, daß die ostdeutschen Probleme nur *gesamtdeutsch* zu lösen sind oder gar nicht. Das gilt auch dann, wenn die, die öffentlich das Gegenteil behaupten, für ihre Partei damit einen Erfolg verbuchen könnten.

Fest steht, die Belastungen in Deutschland sind ungleich verteilt. Und diese ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist durch die deutsche Einigung und die Politik in diesem Zeitraum verschärft worden. Die Bundesregierung hat in den letzten zwölf Jahren zu einer erheblichen Umverteilung von unten nach oben beigetragen, was seit der deutschen Vereinigung durch die Ungleichheiten im Ost-West-Gefälle ergänzt worden ist.

Wir haben es also mit einem doppelt zu korrigierenden Gefälle zu tun: oben – unten, West – Ost! Hierfür ist ein sozialer Lastenausgleich für Gesamtdeutschland erforderlich, der auf beiden Ebenen die Ungleichheiten mittel- oder langfristige, kurzfristig wird es nicht gehen, auszugleichen bestrebt ist. Es geht um die Herstellung annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands und dazu bedarf es eines breiten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmenbündels. Es muß uns gelingen, durch verschiedene steuerliche Maßnahmen, Maßnahmen der Einsparungen, der Subventionskürzungen und der besseren Kontrolle von Mißbrauch eine gerechtere Verteilung von Lasten zu erreichen.

Ich will aus den möglichen Maßnahmen hier nur eine einzige nennen, die sicher auf erheblichen Widerstand stoßen dürfte, wenn irgendeine Regierung sie zu verwirklichen versuchen wollte: Es

wird nicht anders gehen als ohne eine Anhebung der Erbschafts- und Vermögensteuer, ohne eine zeitgemäße Reformierung der Einheitswertberechnung von Grundstücken, also ohne eine höhere steuerliche Belastung von leistungslosem Einkommen. Der Sinn dieser Vorschläge ist klar: Der Staat muß sparen, und die Leistungsfähigeren sollen ihrem Leistungsvermögen entsprechend zu den Aufgaben der Gemeinschaft mehr beitragen. Eine gerechtere Lastenverteilung ist die einzig sinnvolle, nicht nur gerechtere, sondern allein mögliche Lösung angesichts der doppelten Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit einerseits und der enormen Staatsverschuldung andererseits. Nur so können Mittel frei werden für die gesamtwirtschaftliche Modernisierung, vor allem aber, damit wir sie produktiv für Ostdeutschland einsetzen können. Es geht um finanzielle Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen zum Aufbau in Ostdeutschland.

Uns Ostdeutschen stellt sich dann eine andere unbequeme Frage: Was muten wir uns selbst zu, wenn den Westdeutschen nicht nur wegen der deutschen Einigung, sondern zur Überwindung der hausgemachten, nicht durch die deutsche Einigung verursachten Wirtschaftskrise beträchtliche Opfer zugemutet werden müssen? Wohlstandsstillstand, gar Wohlstandseinbußen zu ertragen, das ist für niemanden leicht, aber genau dies wird von den Westdeutschen verlangt. Und von uns Ostdeutschen? Mindestens geradezu revolutionäre Geduld im Prozeß der vollständigen Angleichung der Lebensverhältnisse. Aber vielleicht ist das noch die leichtere Aufgabe. Denn auf die Westdeutschen kommt die Bewährungsprobe für die Demokratie erst zu. 40 Jahre Frieden in der alten Bundesrepublik, 40 Jahre Demokratie und soziale Marktwirtschaft, 40 Jahre mehr oder minder kontinuierliches Wachstum von Wohlstand ermöglichten die Verteilungskonflikte der alten Bundesrepublik friedlich zu lösen, weil am Schluß doch irgendwie immer Zuwächse verteilt werden konnten. Jetzt ist das anders; das wird die Bewährungsprobe für die Demokratie sein.

2. Die innere Einheit, das Zusammenwachsen der Deutschen, wird nur gelingen, wenn wir die Einigung nicht einfach weiterhin praktizieren als die Übertragung des Status quo West in allen seinen Facetten auf den zusammengebrochenen und abgewickelten Osten, sondern wenn wir die Einigung zu einem gemeinsamen Reformprojekt machen.

Das verlangt neben Strategien für die Modernisierung der deutschen Wirtschaft, für ökologisch und sozial verantwortbares Wachstum, für die

Schaffung neuer zukunftsträchtiger Arbeitsplätze auch die Arbeit am Zusammenwachsen unserer zwei Gesellschaften in *einem* Staat, verlangt die Arbeit an der Reform verkrusteter Institutionen – eine Arbeit, in die Erfahrungen einfließen können, die Ost- und Westdeutsche gemeinsam bei der Transformation Ostdeutschlands gemacht haben.

Diese Reform ist notwendig. Viele in der DDR haben geglaubt, die Mischung aus preußisch-sächsisch-russischer Bürokratie sei nicht mehr zu überbieten. Dies ist eine große Täuschung gewesen, wie ein paar ganz disparate Beispiele zeigen: Jeder Bürger, jede Bürgerin soll Steuern zahlen. Spezialwissen ist jedoch erforderlich, um zu wissen, wie das geht. Obwohl es sich um Rechte und Pflichten jedes Bürgers handelt, kennen wir sie nicht im einzelnen, können das auch gar nicht.

Das Arbeitsrecht ist inzwischen ähnlich verzweigt und kompliziert, daß wenigstens die Zusammenfassung aller Regeln in einem Arbeitsgesetzbuch – das gab es in der DDR – schon ein großer Fortschritt wäre.

Der Staat fördert den Bau von Eigenheimen, so weit so gut. Es ist aber schon zweifelhaft, daß jeder, auch der Millionär, in den Genuß dieser Förderung kommt. Unerträglich aber ist, daß die Höhe dieser Förderung auch noch mit dem Einkommen des Häusle-Bauers wächst. Das kann man ändern.

Wenn die Qualität der schulischen Bildung in den einzelnen Schulformen so weit auseinanderfällt, daß bald schon in jedem Beruf das Abitur zur Voraussetzung wird, haben wir es auch da mit einer Fehlentwicklung zu tun. Lehrer, Schüler, Eltern und vor allem die Länder müssen hier einen vernünftigen Ausweg finden. Das kann ihnen niemand abnehmen. Nur, daß hier etwas geschehen muß, steht außer Frage.

Die Gesundheitsreform droht in ein gigantisches Kürzen von Leistungen auszuarten. Es gibt sicher unsinnige Leistungen, die entfallen können. Die Kosten senken kann man aber auch bei der Art und Weise, wie die Leistungen der Ärzte und Krankenhäuser organisiert und honoriert werden. Niemand hat je behauptet, daß das System der Polikliniken nicht leistungsfähig gewesen wäre. Es hat die Betreuung und Behandlung der Patienten gewährleistet. Wahrscheinlich werden die Kosten-Nutzen-Relationen im Vergleich zu Einzelpraxen für die wenigen, nur in Brandenburg erhalten gebliebenen Gesundheitszentren sprechen. Diese

Lösungen sparen auch den Patienten weite Wege von einem Facharzt zum anderen. Diese Beispiele knüpfen an ostdeutsche Erfahrungen an, an Lebenserfahrungen, die widerlegen, daß in der DDR alles völlig ineffektiv gewesen sei.

Wir brauchen institutionelle Reformen. Heute klagen alle über die unübersichtliche Verteilung von Zuständigkeiten, zugleich über zu große Zentralisierung, zu detaillierte Normung, zu lange Genehmigungsverfahren. Das Gespräch zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und staatlichen Stellen ist gestört. Man macht nichts mehr zusammen. Das gilt vor allem für die Wirtschaftspolitik. Also Dezentralisierung und Regionalisierung von Entscheidungen sind notwendig. Der Bund, wann immer er zur Förderung von Investitionen gebraucht wird, kann sich auf einige wichtige Kriterien beschränken und alles andere den Menschen vor Ort überlassen. So kommt dann auch Bewegung in die wirtschaftliche Entwicklung.

Vereinfachung ist notwendig. Wir müssen vermeiden, daß – wer so einen Betrieb gründen will, schon bei der Beantragung von Fördermitteln scheitern kann. Wenn die Bürokratie durch unübersichtliche Strukturen verhindert, daß auch ein nichtvermögender Ostdeutscher einen erfolgversprechenden Betrieb gründen kann, dann ist etwas faul. Da müssen Strukturen verändert und übersichtlicher gestaltet werden. Aber bei dieser Art von Reformen geht es keineswegs nur um die staatlichen Verwaltungen. Solange zum Beispiel an den ostdeutschen Universitäten geforscht wird, ohne daß die Industrie davon erfährt, ist die Anstrengung der Wissenschaftler vergeblich. Wir müssen die Kommunikation, den Austausch zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Staat, verbessern. Wir brauchen eine „dialogorientierte Wirtschaftspolitik“, die allerdings gewährleistet, daß die Ergebnisse dieses Dialogs auch umgesetzt werden.

Wenn wir solcherart Veränderungen – Reformen des Staates, institutionelle Reformen – in Angriff nehmen, dann ist das auch eine Chance für ostdeutsche Gleichberechtigung. Die doppelten ostdeutschen Erfahrungen aus 40 und vier Jahren sollten wir nutzen, und nicht die Ostdeutschen stets nur als die, die zu lernen und zu übernehmen haben, betrachten. Wenn die Ostdeutschen umschalten vom Leiden an der Umwälzung zum Einfordern derartiger Reformen und Verhaltensweisen, dann werden die fast vier Jahre seit der Einheit nicht verloren sein, sondern gesamtdeutschem Fortschritt nützen können.

3. In den letzten vier Jahren sind wir uns unserer Fremdheit bewußt geworden, haben wir die Unterschiedlichkeit von Erfahrungen und Interessen zwischen West und Ost erkannt. Für die Interessengegensätze haben wir in der pluralistischen Demokratie den Weg des Aushandelns und Ausgleichens, sehr oft mit dem Ergebnis des Kompromisses, der eben kein schäbiger ist, wenn er beider Seiten Interessen berücksichtigt. Mit den Fremdheiten, den unterschiedlichen Identitäten in Deutschland wird das aber so nicht gehen; sie entziehen sich dem Aushandeln. Sie müssen vielmehr vor allem zunächst anerkannt werden. Anerkennen heißt zunächst auch kennen. Das läßt sich politisch nicht verordnen – ebensowenig, wie sich Identitätswandel verordnen läßt.

Unsere jüngste Vergangenheit, die unsere Identitäten prägt, müssen wir aufarbeiten. Das umständliche Wort von der Aufarbeitung erinnert an den Schneider, der früher Anzüge aufarbeitete, damit sie weiter getragen werden konnten. In diesem Sinne sollte auch die kritische Begegnung mit der eigenen Geschichte erfolgen. Ost- und Westdeutsche, Menschen, die die DDR bloß ertragen, und solche, die die DDR getragen haben – wir alle müssen miteinander leben. Deshalb dürfen politischer Irrtum, Anpassung und Opportunismus – alles bei weitem keine typisch ostdeutschen Verhaltensweisen, sondern auch im Westen unter sehr viel milderer Bedingungen erstaunlich weit verbreitet – nicht dauerhafte Kainsmale bleiben. Es ist beschämend, wenn viele nicht einmal unterscheiden zwischen dem System der DDR, das gescheitert ist, und den Menschen, die in diesem System gelebt haben, und die nicht, oder wenigstens nicht alle, gescheitert sein dürfen. Diese Unterscheidung ist wichtig. Wir müssen sie den Westdeutschen abverlangen, aber wir müssen sie ihnen auch ermöglichen durch selbstkritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Nicht durch Verdrängen, Beschönigen, Normalisieren der DDR-Vergangenheit. Damit sind ja nicht wenige beschäftigt.

Für die ehemaligen DDR-Eliten, wenn man das Wort Eliten da überhaupt verwenden kann, ist es schmerzlich, abgelöst worden zu sein und zumeist auch den erwarteten Lebensstandard im Alter nicht halten zu können. Das gehört wohl zum Wesen eines politischen Umbruchs: der Wechsel des Personals. Jammern und Klagen darüber hat etwas Würdeloses, auch wenn es höchst verständlich ist. Aber Pauschaldiskriminierungen – zum Beispiel im Rentenrecht – gegen alle, die nach einem formalen Kriterium staatsnah, wie es da heißt, gewesen sein sollen, sind doch äußerst fragwürdig. Sozialrecht darf kein Strafrecht sein.

Daß sich die Parteien stärker öffnen müssen, um ihre stabilisierende Funktion in der Demokratie weiter wahrnehmen zu können, ist zwar zu einem Gemeinplatz geworden, ist aber trotzdem richtig. Daß diese Öffnung für die SPD in Ostdeutschland auch gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern gelten soll, will ich noch einmal bekräftigen. Sozialdemokrat, Demokrat überhaupt, ist man nicht durch Geburt oder Herkunft, man kann es werden. Ich rate zu menschlicher, politischer Großzügigkeit und dazu, möglichst vielen eine Chance zum demokratischen Neuanfang zu geben, wenn sie denn wollen. Notwendig sind Verständnis und Gerechtigkeit bei der Bewertung unterschiedlicher deutscher Vergangenheiten, unterschiedlicher Biographien. Ein Klima eiliger Verdächtigung ist ebenso falsch wie bequeme Verdrängung. Warum jemand für die Staatssicherheit gearbeitet hat, ist wichtig, um diese Versuchung künftig vermeiden zu können. Erst in zweiter Linie sollte es um die Konsequenzen gehen, die ein Schuldiger wird ziehen müssen. Hat er anderen geschadet, muß Strafe sein, sonst aber steht jedem eine Chance zum Neuanfang zu. Und wir alle sollten uns mehr um Begreifen und etwas weniger um Aburteilen bemühen.

4. Wir leben mit den vielfältigen Brüchen und Gräben in unserer Gesellschaft, die so gar nicht harmonisch zusammenwachsen will zu einem einigen Deutschland. Was könnte die bindende Klammer sein, das Bindeglied zwischen den Menschen in Ost und West, das ihnen das Zusammenleben, das Zusammenwachsen erleichtert – das sie auch befähigt, Schwierigkeiten zu ertragen und Geduld zu üben füreinander? Ist es der Rückgriff auf den Begriff der deutschen Nation?

Mit Recht schrecken hier viele zusammen, ist ihnen der Begriff doch untrennbar verknüpft mit dem des Nationalismus. Sein Wüten erleben wir alltäglich in häßlichen Attacken auf alles Andere und Fremde. Und trotzdem gilt das Wort von Günter Grass: „Wenn wir es nicht fertigbringen, ein angemessenes, aufgeklärtes Nationalbewußtsein zu entwickeln, dann sind wir ein Sprengsatz in Europa.“ Der Dramaturg und Regisseur Adolf Dresen wollte, als er in der ersten Hälfte der achtziger Jahre Direktor des Schauspiels in Frankfurt am Main mit DDR-Paß war, nicht die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, die ihm sekundär erschienen sei, sondern eine nationale Identität, eine innere Einheit fördern, wie eine gemeinsame Kultur sie stifte. Es ist nicht zu übersehen, daß in Zeiten der wirtschaftlich-sozialen Krise aber leider ausgerechnet dort zuerst gespart

wird. Der Bund streicht die Mittel für Ostdeutschland für die Kulturförderung, die Länder und Kommunen sind in der Gefahr, gerade am Kulturetat zu streichen. Das trifft nicht nur Ostdeutschland, sondern auch die Kultur in den westlichen Bundesländern. Die vielfältige kulturelle Infrastruktur, das reiche kulturelle Erbe, künstlerische Institutionen und Aktivitäten sind hochgradig gefährdet. Das, was ein Mittel des Überlebens in der DDR war, was ein Bindeglied der staatlich gespaltenen Nation war, ist heute bedroht. Trotz der Krise ist Deutschland eine reiche Gesellschaft. An der Kultur zu sparen heißt, den für den Zusammenhalt einer zivilen Gesellschaft notwendigen Raum von Reflexion und Kommunikation, von Identitätswahrung und Identitätsfindung beschränken. Das Echo von Kulturzerstörung durch Sparen an der falschen Stelle könnte ein dumpfer, ein gefährlicher Nationalismus sein. Deshalb muß der Bund weiterhin kulturpolitische Verantwortung tragen, und dürfen Länder und Kommunen nicht zu allererst bei der Kultur sparen.

Sparen wird auch im Bereich der Kultur unausweichlich sein. Sparen muß aber nicht identisch sein mit Abwicklung. Natürlich hat insbesondere die DDR eine staatlich alimentierte Kulturlandschaft gehabt, die unter den heutigen Bedingungen so nicht zu halten ist. Aber es wird doch allzu schnell der Rotstift angesetzt, die Verantwortung an Länder und Kommunen weitergeschoben, denen die Schulden bis zum Halse stehen und die im Zweifel eher eine Kultureinrichtung schließen, als infrastrukturelle Investitionen zur Industriesiedlung zu unterlassen.

Die Konsequenz aus dem Sparzwang ist unausweichlich Streit; hinsichtlich öffentlicher Förderung müssen immer neue Wertentscheidungen getroffen werden. Die erreichten Standards, wie sie unter den Stichworten „Bürgerrecht Kultur“ und „Kultur für alle“ treffend zusammengefaßt worden sind, müssen aber unter veränderten Bedingungen, wenn es irgend geht, erhalten werden.

Kulturarbeit muß die Selbstbegrenzung angesichts enger werdender finanzieller Spielräume als Auftrag an sich selbst auffassen und verbliebene Spielräume selbstverständlich und selbstbewußt neu füllen. Darin liegt auch eine Chance. Wir haben als Menschen, die noch immer im reichsten Teil dieser Erde leben, aus einer Reihe anderer Gründe eine „Kultur der Bescheidenheit“ zu lernen. Nicht zuletzt verlangen globale ökologische Bedrohung, Armutswanderungsbewegung, Welt hunger notwendigerweise auch einen kulturellen Paradigmawechsel. Die Ästhetisierung des unbe-

grenzten Massenkonsums, die schrankenlose Individualisierung stößt allmählich selbst an die eigenen Grenzen. Auch daraus könnte ein Diskurs über eine Kultur der Bescheidung einen Ausweg weisen. Eine *Neubesinnung auf den Begriff und den Inhalt der Kulturnation* im bewußten Gegensatz zur Mobilisierung der auf den Nationalstaat bezogenen nationalistischen Instinkte hat einen weiteren unschätzbaren Vorteil: Während Nationalstaaten dazu tendieren, einander auszuschließen, ist Nationalkultur immer grenzüberschreitend, schließt alle ein. Die Gefahr liegt immer sehr nahe, daß der, der sich nicht positiv definieren kann, es negativ tut. Daraus entstehen Fremdenhaß, Feindbilder, Überkompensation von Minderwertigkeitsgefühlen. Wir haben bereits genug davon in Deutschland. Deshalb gilt: Fördern wir nach der staatlichen Vereinigung das Zusammenwachsen der Deutschen zu einer Kulturnation!

5. Notwendig ist Arbeit an einem nichtnationalistischen Begriff von Nation, an einem nichtnationalistischen Verhältnis zur eigenen, der deutschen Nation.

Ein solches Verhältnis bedeutet eine kritisch-gelassene und zugleich freundliche Bejahung der eigenen Nationalität. Das ist nicht zuletzt auch die Voraussetzung der Respektierung der Nationalität anderer. Eine so verstandene Bejahung der eigenen Nationalität ist also nicht Gegensatz, sondern Teil von Internationalismus. Es ist ein wenig wie bei der christlichen Nächstenliebe: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Es kommt in der Tat unter Menschen selten vor, daß derjenige seinen Nächsten liebt, der sich selber haßt, oder sich aus lauter Eigenliebe über ihn erhebt.

Ostdeutsche haben nach dem Geschmack mancher aufgeklärter Westdeutscher ein vormodernes Verhältnis zur eigenen Nation. Tatsächlich haben viele

Ostdeutsche an das einigende, tragfähige Band der Nation geglaubt und sehen sich jetzt darin enttäuscht, daß dieses Band offenbar nicht fest genug ist. Für viele DDR-Bürger war die Nation immer eine, gewiß zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich realistisch eingeschätzte, aber doch ungebrochene Hoffnung, war das Bedürfnis nach Einheit niemals ganz erloschen. Allerdings, und das ist für mich der entscheidende Punkt, war Nation inhaltlich identisch mit der Sehnsucht nach Freiheit, nach Demokratie, auch nach Wohlstand. Das Bedürfnis nach nationaler Einheit war ganz und gar nicht nationalistisch, im Gegenteil: Der Wunsch nach Wohlstand, Demokratie, Freiheit hatte unter den obwaltenden Umständen einen unausweichlich nationalen Charakter, da das Erwünschte ja nebenan, in dem anderen, aus der gemeinsamen Geschichte hervorgegangenen deutschen Staat vorhanden und erreichbar war.

Diese Sehnsuchtverbindung scheint mir ein bewahrenswertes Erbe aus DDR-Zeiten. Könnten wir dieses Erbe bewahren und verlebendigen, so hätten wir ein Konzept gegen den auch (aber nicht nur) ostdeutsch motivierten, dummen und gefährlichen Nationalismus der jugendlichen Banden und der Stammtische der Entwurzelten, der Verunsicherten, der Enttäuschten. So gesehen geht es bei den Wahlen 1994 um eine politische Umkehr mit dem Ziel, daß deutsche Geschichte endlich auch einmal gut ausgehen könnte. Die Chance dafür ist seit 1989 groß. Wir dürfen diese Chance nicht wieder vertun. Indem wir unsere deutschen Hausaufgaben, die uns keiner abnehmen wird, besser lösen als bisher, leisten wir einen Beitrag und werden freier für die Lösung der Aufgaben europäischer und globaler Solidarität, um die es eigentlich geht. Die Sache Deutschland ist zwar vor allem unsere Sache, aber sie darf nicht unsere einzige Sache sein.

Werner Hoyer

F.D.P.: 1994 – Die zweite historische Chance

Mit elf Prozent erreichte die F.D.P. 1990 bei den Bundestagswahlen das drittbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Viele sahen das Einheitsjahr als einmalige historische Chance für die F.D.P., weil sie in den zentralen Fragen, dem außen- und wirtschaftspolitischen Kurs unter dem Blickwinkel des Einheitsprozesses dem Wähler programmatische und personelle Kompetenz vermitteln konnte. Viele haben dies als einmalige Chance, quasi als den Glücksfall der Geschichte für die F.D.P. gesehen. Ich bin der Auffassung, daß sich 1994 die zweite historische Chance für die F.D.P. bietet – trotz der ersten negativen Wahlergebnisse in diesem Jahr. Denn gerade die marktwirtschaftliche Kompetenz der F.D.P. ist angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung mehr denn je gefordert. Und zwar nicht nur in einem Aktionsprogramm für den Wahlkampf, sondern in einer strukturellen Erneuerung, die die Krise nutzt, um die Ursachen der Krise zu beseitigen. Gerade liberale Gesellschaftspolitik für mehr Toleranz und Weltoffenheit ist nötig, um der Gewalt gegen Ausländer und dem neuen Nationalismus zu begegnen. Und schließlich ist gerade eine starke F.D.P. nötig, um regierungs- und handlungsfähige Mehrheiten zu erreichen. Denn angesichts des Wählerverlustes der Volksparteien kann nur eine starke F.D.P. vor rot-grünen Experimenten und vor einer entscheidungsschwachen Großen Koalition der Wahlverlierer schützen. Daß die F.D.P. in ihrer politischen Funktion und als liberale Partei mehr denn je gebraucht wird, das ist die zweite historische Chance.

Zur Zeit durchleben wir in Deutschland einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel, der von den Menschen als tiefe Krise empfunden wird. Die Arbeitslosigkeit von mehr als vier Millionen Menschen ist die zentrale Herausforderung an die Politik. Niemand wird ernsthaft versprechen können, daß das Problem der Arbeitslosigkeit endgültig gelöst werden kann. Die F.D.P. will keine falschen Versprechungen abgeben. Wir wollen aber Mut machen gegen eine allgemeine Verdrossenheit und gegen die verbreitete und hochentwickelte Kultur des Klagens. Wir wollen nicht nur an Schwierigkeiten, sondern zuerst an Möglichkeiten denken. Denn die Vertrauenskrise der Politik rührt aus einem nicht unbegründeten Gefühl der Bürger, daß die Politik Probleme nicht

entschlossen, nicht strukturell oder gar nicht löst. Statt nun auch noch selbst in Politikverdrossenheit zu baden, wollen wir unsere Ziele benennen und konkrete Wege aus der Krise aufzeigen.

Das programmatische Profil der F.D.P. im Wahljahr

Nach 25 Jahren nahezu ununterbrochener Regierungsverantwortung hat sich viel liberales Profil in den notwendigen Koalitionskompromissen abgeschliffen. Immer mehr hat die Funktion der F.D.P., nämlich die Herstellung der verlässlichen Regierungsmehrheit und die Mäßigung und Moderation der großen Regierungspartei, das liberale Selbstverständnis der F.D.P. überlagert. Die neue, krisenhafte Situation ist aber auch die Chance, die Funktion der F.D.P. für die politische Stabilität in Deutschland mit dem liberalen Credo der Reform und einer Renaissance des Liberalismus in der sozialen Marktwirtschaft stärker zu verbinden. Es kommt offensichtlich in Deutschland einer kleineren, flexibleren Partei die Aufgabe zu, gegen die Beharrungskräfte und die Entscheidungsangst den Willen und den Mut zu Veränderung zu setzen. Es spüren fast alle Bürger, daß es so nicht weitergehen kann. Aber die Parteien sind immer noch viel zu sehr beim „weiter so“ und sind befallen von einer Sklerose im Denken und im Handeln. Wie austauschbar die inzwischen nicht mehr so großen Volksparteien hierbei geworden sind, zeigt der neue Slogan der SPD: „Sicherheit statt Angst“, während die CDU auf die Begriffe „Sicherheit“ und „Zukunft“ setzt.

Die F.D.P. ist der Auffassung, daß es jetzt nicht mehr darum gehen kann, alte Strukturen zu bewahren. Es geht darum, die Chancen der Krise für neue Strukturen zu nutzen. Dabei setzt die F.D.P. Schwerpunkte:

Neue und sichere Arbeitsplätze schaffen

Neue und produktive Arbeitsplätze zu schaffen, ist die zentrale Herausforderung. Wir Liberalen geben uns nicht mit der bloßen Verwaltung von

Arbeitslosigkeit und der Verteilung von vorhandenen Arbeitsplätzen zufrieden. Arbeitsmarktpolitik darf sich nicht in reiner Sozialpolitik durch die Zahlung von Lohnersatzleistungen erschöpfen. Wir wollen vielmehr die Hindernisse auf dem Weg zur Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze beseitigen. In Deutschland mangelt es nicht an Arbeit. Es mangelt an bezahlbarer, wettbewerbsfähiger Arbeit. Und es gibt zahlreiche Schranken zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die wir durch flexiblere Strukturen beseitigen können:

– Die F.D.P. will mehr Beweglichkeit im internationalen Standortwettbewerb durch flexiblere Arbeitszeiten, mehr Teilzeitarbeit und betriebsnahe Tarifvereinbarungen, die Rücksicht auf Produktivität, Branchenkonjunktur und die regionale oder betriebliche Lage nehmen.

– Außerhalb der klassischen Wettbewerbsbranchen können vor allem im Niedriglohnbereich sehr viele Arbeitsplätze gewonnen werden, wenn die Anreize verstärkt werden, aus Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen zu regulärer Erwerbsarbeit zurückzukehren. Darüber hinaus muß die steuerliche Gleichstellung der Beschäftigung in privaten Haushalten mit der betrieblichen Beschäftigung umgesetzt werden. Was oft leichtfertig und ideologisch als „Dienstmädchenprivileg“ abgetan wird, ist ein wichtiges und vor allem großes Arbeitsplatzpotential für Teilzeitarbeit und käme insbesondere der häuslichen Pflege zugute.

– Unternehmen müssen von Kosten entlastet werden, damit Konkurrenzfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb gesichert bzw. wiederhergestellt werden kann. Dafür ist zuerst die Vielzahl von Regulierungen und staatlicher Bürokratisierung abzubauen. Durch schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie für die Unternehmen können vor allem im entscheidenden mittelständischen Bereich Leistungspotentiale freigesetzt werden.

– Die F.D.P. will Investitionen statt Subventionen. Die in Zukunft nicht mehr konkurrenzfähigen alten Industrien müssen strukturell aus der Abhängigkeit von Subventionen herausgeführt werden. Damit werden auch wieder Potentiale für die Förderung von Zukunftstechnologie frei. Die wichtigsten Ressourcen des exportorientierten Hochlohnländes Deutschland sind sein Know-how, seine Produktivität und Innovationsfähigkeit sowie die Qualität seiner Produkte. Deshalb müssen wir in Forschung, Bildung und Technologie investieren. Die F.D.P. setzt sich gegen die technologiefeindlichen Tendenzen in unserem Land ein. Es ist eine gravierende Fehlentwicklung, daß z. B. gerade die

Gentechnologie aufgrund eines technologiefeindlichen Klimas aus Deutschland vertrieben wird.

– Die Staatsquote muß wieder auf ein Niveau wie vor der Einheit zurückgeführt werden. Wo die Leistungsanreize der Arbeitnehmer und die Investitionsanreize der Unternehmer durch eine Steuer- und Abgabenlast gebremst werden, kann sich kein dynamischer Aufschwung entwickeln, wie ihn die Bundesrepublik zuletzt in der Phase der marktwirtschaftlichen Erneuerung seit 1982 erlebt hat, als drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung wagen

Das weitere Anwachsen der Schulden der öffentlichen Haushalte geht auf Kosten der nächsten Generation und ihrer Zukunftschancen. Durch Privatisierung, durch eine effizientere öffentliche Verwaltung und eine Rückführung der Aufgaben des Staates auf seine eigentlichen hoheitlichen Funktionen muß der Weg in die Verschuldungsfalle gestoppt werden. Denn sonst müssen immer größere Teile des Steueraufkommens für den Schuldzins aufgebracht werden.

Die F.D.P. will die Aufgaben und die Ausgaben des Staates auf das wirklich Nötige zurückführen. Dazu gehört auch der dringend notwendige Subventionsabbau. Ein schlanker Staat, der sich auf seine eigentlichen, hoheitlichen Aufgaben konzentriert, ist ein stärkerer Staat.

Der Abbau ausufernder Ansprüche des Staates ist aber mehr als nur eine Notwendigkeit der Sparsamkeit. Vielzuviel Verantwortung ist verstaatlicht worden. Das hat die Illusion der staatlichen Fürsorge für alle Lebenslagen und die Anspruchsmentalität des Bürgers an den Staat geschaffen. Die F.D.P. will, daß Bürger Verantwortung übernehmen und Raum für eigene Initiativen bleibt.

Den Mittelstand stärken

Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze mit Perspektive entstehen in besonderem Umfang im produzierenden Mittelstand, aber auch in den Dienstleistungsberufen. Der dynamische Mittelstand, den wir für Erfolge im internationalen Standortwettbewerb besonders brauchen, wird außerdem gestärkt, wenn wir die ständig ansteigende Flut neuer Gesetze und Regulierungen eindämmen und Genehmigungsverfahren stark vereinfachen und beschleunigen. Außerdem muß der Staat allen Unternehmen eine gute Infrastruktur für Forschung, Ausbildung, Information, Kommunikation und Verkehr zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch

die Umwelt-Infrastruktur, für die der Staat weiterhin Verantwortung tragen soll, die aber effizienter und schneller von privaten Unternehmen bereitgestellt wird.

Den Sozialstaat umbauen

Für die jüngere Generation ist eine grundlegende Reform des Systems von Steuern und steuerfinanzierten Sozialleistungen dringend geboten. Aber nicht nur für sie: Wir dürfen auch die heutige Generation nicht überfordern. Das derzeitige System hoher Steuern einerseits und einer Vielzahl steuerfinanzierter Sozialleistungen andererseits ist freiheitsfeindlich, sozial ungerecht, zu kompliziert und undurchsichtig.

Zur Zeit kann man in Deutschland 90 verschiedene Sozialleistungen bei über 40 Behörden und Ämtern beantragen. In diesem Sozialstaatsdschungel sind es eher die Gewieften und Rechtskundigen, die wissen, wie man einen Anspruch durchsetzt. Die wirklich Bedürftigen erreicht die teure Hilfe oftmals nicht. Vor allem die sozial Schwächsten sind durch die vielen bürokratisierten und komplizierten Regelungen völlig überfordert.

Das Bürgergeldsystem

Das Bürgergeld-Konzept der F.D.P. ist ein Beitrag für mehr Arbeitsplätze, für größere Zielgenauigkeit und Transparenz sozialer Hilfe und für weniger Bürokratie. Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistungen sollen schrittweise in einem integrierten System zusammengefaßt werden: Statt des Nebeneinanders von zahlreichen Sozialleistungen soll im Bürgergeldsystem schließlich nur eine Behörde für finanzielle soziale Hilfe zuständig sein.

Für eine auf Dauer tragfähige und verlässliche soziale Sicherung brauchen wir vor allem mehr Arbeitsplätze. Was not tut, sind bessere Chancen für reguläre Erwerbsarbeit, vor allem für Teilzeitarbeit und für weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Das Bürgergeld-Konzept eröffnet diese Chancen durch finanzielle Anreize: Je nach Familiensituation und z. B. örtlichen Wohnkosten hat man netto mehr, wenn man reguläre Arbeit aufnimmt. Nur die Hälfte des Lohnes wird beim Bürgergeld auf die Sozialleistung angerechnet. Insgesamt eröffnet das F.D.P.-Konzept vielen Bürgern eine Perspektive durch Arbeitseinkommen und neues Selbstwertgefühl in der Arbeitswelt und in der Familie.

Im F.D.P.-Bürgergeld-Konzept wird aus Haushaltsmitteln finanziert, was schon bisher als Sozialtransfers über Steuern finanziert wurde. Es wird

aber Bürokratie eingespart, und die soziale Hilfe wird zielgenauer als im heute unüberschaubaren Dschungel mit hohen Steuersätzen, viel zu vielen Ausnahmen, die die Bemessungsgrundlage für Steuern zu schmal machen, und mit einer Vielzahl von Sozialleistungen, die viel zu oft nicht bei den tatsächlich sozial Schwachen ankommen. Die Umstellung auf das Bürgergeld-Konzept bringt zugleich die dringliche Reform des Familienlastenausgleichs.

Marktwirtschaft ökologisch weiterentwickeln

Die F.D.P. ist für mehr Umweltschutz durch mehr marktwirtschaftliche Ökologie. Wir dürfen nachfolgenden Generationen nicht jeglichen Freiheitspielraum nehmen, indem wir ihnen einen großen Teil unseres Planeten nur noch im Zustand schwerer Beschädigung oder gar Zerstörung hinterlassen. Darum fordert die F.D.P. die ökologische Weiterentwicklung der Marktwirtschaft. Die sich als effizient erwiesenen marktwirtschaftlichen Instrumentarien müssen endlich auch für die dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt werden.

Die F.D.P. hat 1971 das erste umfassende Umweltprogramm vorgelegt. Für die F.D.P. war Umweltschutzpolitik von jeher mit dem Prinzip der Marktwirtschaft verbunden: Definiert man Ökonomie als das sparsame Umgehen mit knappen Ressourcen, so liegt der Gedanke an die Ökologie nahe. Auch die „Rohstoffe“ Luft, Wasser und Boden haben ihren Preis, der bisher nicht ausreichend oder gar nicht in Rechnung gestellt worden ist. Lastet man dem Verursacher aber die Kosten seines Verbrauchs an natürlichen Lebensgrundlagen an, wird ein wirtschaftliches Handeln bewirkt, werden Ressourcen gespart und damit die Umwelt geschont. Vorausschauende Kalkulation bedeutet dann gleichzeitig wirkungsvolle Umweltvorsorge.

Die von der F.D.P. geforderte ökologische Weiterentwicklung des Steuersystems wirkt in mehrfacher Hinsicht: Zunächst muß das Steuersystem vereinfacht und umstrukturiert und die Steuern auf Einkommen und Ersparnisse gesenkt werden. Parallel dazu wird durch ökologisch begründete Steuerabgaben eine bessere Umweltvorsorge erzielt. Umweltschutz darf aber nicht zum Vorwand für immer höhere Steuern und Abgaben genommen werden. Wenn aus Umweltgründen Steuern erhöht werden müssen, wollen wir Liberalen die Steuern an anderer Stelle senken. Je weniger Emissionen, Abwässer und Abfälle bei der Herstellung oder beim Verbrauch anfallen, desto

größer ist die zusätzliche Ersparnis bei Unternehmen und Haushalten. Durch die Umverlagerung der Steuereinnahmen können die dringend notwendigen Umweltschutzmaßnahmen finanziert werden. Durch sparsames Haushalten mit Umweltgütern werden vorsorglich Schäden vermieden, deren nachträgliche Reparaturen wesentlich teurer sind.

Für eine kontrollierte Einwanderungspolitik und doppelte Staatsbürgerschaft

Einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft leisten die bei uns lebenden Ausländer. Rechte Parteien wie Republikaner und die DVU versuchen, durch diffamierende und volksverhetzende Parolen Ängste zu schüren und bereiten den Boden für Gewalt und menschenverachtende Diskriminierung. Die Liberalen werden verhindern, daß eine solche Politik salonfähig wird. Für uns Liberale ist es selbstverständlich, daß wir Verantwortung für unsere ausländischen Mitbürger tragen und uns für die Verbesserung ihrer Situation einsetzen. Dazu gehört für die F.D.P. auch die erleichterte Einbürgerung ausländischer Mitbürger und die erleichterte Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist die längst überfällige Konsequenz aus der fast vierzigjährigen Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das geltende Staatsangehörigkeitsrecht führt dazu, daß in Deutschland immer mehr Menschen leben, die hier geboren und aufgewachsen sind, die in Deutschland zur Schule gehen und bei uns Beiträge zur Sozialversicherung zahlen und trotzdem rechtlich Fremde bleiben. Diese unhaltbare Situation wollen wir beenden.

Auch die ideologische Diskussion über Deutschland als „Einwanderungsland“ muß endlich beendet werden. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Es muß auch in Zukunft tolerant und weltoffen sein. Für eine kontrollierte Einwanderungspolitik ist die rasche Verabschiedung einer gesetzlichen Regelung zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung dringend erforderlich. Unter den Gesichtspunkten Arbeitsmarkt, berufliche Qualifikation, Wohnraumkapazität und soziale Integration sind auf gesetzlicher Grundlage jährliche Einwanderungsquoten festzulegen. Das heißt: Mit einem solchen Gesetz können wir künftig entscheiden, wie viele Menschen aus anderen Ländern wir bei uns aufnehmen wollen und welche Kriterien sie erfüllen sollen. Strikt davon zu trennen ist die Asylfrage. Hier wird die F.D.P. auch in Zukunft

dafür sorgen, daß wirklich politisch Verfolgte in Deutschland Asyl in Anspruch nehmen können. Wegen des Mißbrauchs des Asylrechts darf das Asylrecht nicht abgeschafft werden.

Innere Sicherheit gehört zur Freiheit

Die F.D.P. nimmt die Sorgen der Bürger vor wachsender Kriminalität sehr ernst. Recht zu setzen, das Recht durchzusetzen und den Bürger somit vor Verbrechen zu schützen, ist die zentrale Aufgabe des Staates. Die Freiheit bleibt auf der Strecke, wenn die Bürger der Willkür anderer ausgeliefert sind und ständig mit Übergriffen auf ihre Person oder ihr Eigentum rechnen müssen. Als Liberale wägen wir zwischen dem Schutz des Bürgers vor dem Rechtsbrecher und dem Schutz des Bürgers vor staatlichen Eingriffen in seine Grund- und Persönlichkeitsrechte ab. Liberale sind gegen eine Emotionalisierung der Debatte durch den Wahlkampf. Das schafft ein Klima der Angst, in dem das Augenmaß für das Notwendige und das Machbare verlorenght.

Die Bundestagsfraktion der F.D.P. hat auf der Gesetzesebene eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen erarbeitet, über deren rasche Umsetzung wir mit dem Koalitionspartner verhandelt haben. CDU/CSU und F.D.P. haben als Antwort auf die Zunahme von Straftaten den Entwurf eines „Verbrechensbekämpfungsgesetzes 1994“ im Deutschen Bundestag eingebracht. Dieses Gesetz ist eine umfassende Ergänzung bisheriger Gesetzesänderungen und soll bestehende Defizite bei der Kriminalitätsbekämpfung beseitigen. Das ist eine von mehreren Gesetzesinitiativen zur Verbrechensbekämpfung in dieser Legislaturperiode. Die F.D.P. ist aber gegen einen blinden gesetzgeberischen Aktionismus. Wir sind für konkrete Maßnahmen.

Wenn man die Alltagskriminalität, die die Menschen besonders bewegt, wirklich effektiver bekämpfen will, muß man vor allem eines tun: Man muß mehr Polizisten einstellen, sie besser ausrüsten und besser motivieren. Und wenn sich Verbrecher bei ihren Straftaten modernster technischer Methoden bedienen, muß auch die Polizei technisch so ausgerüstet sein, daß sie den Verbrechern Paroli bieten kann. Das ist derzeit nicht der Fall. Deshalb gibt es für die F.D.P. bei der Verbrechensbekämpfung eine ganz klare Priorität: Wir brauchen mehr und wir brauchen besser ausgerüstete Polizisten. Das kostet Geld. In der Abwägung zwischen Sicherheit und Kosten entscheiden wir uns für die Sicherheit.

Für eine verlässliche und partnerschaftliche Außenpolitik

Die F.D.P. ist seit langem der Garant für eine verlässliche Außenpolitik. Deswegen genießt Deutschland Vertrauen in der Welt. Das soll so bleiben. Dazu gehört, daß sich Deutschland an Blauhelm-Einsätzen und im Notfall auch an Kampfeinsätzen im System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen beteiligen können muß. Eine Renationalisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wäre lebensgefährlich und würde die Lehren aus zwei Kriegskatastrophen in diesem Jahrhundert übersehen. Deutschland muß integrations- und bündnisfähig sein.

Die UNO muß in die Lage versetzt werden, den vielen neuen Herausforderungen an den Weltfrieden entschieden entgegentreten zu können. Auch Deutschland muß dazu seinen Beitrag leisten. Unser Land ist mit der Wiedererlangung der Einheit und seiner Souveränität ein vollwertiges Mitglied der Völkergemeinschaft geworden. Unsere Verantwortung und Rolle in der internationalen Politik ist gewachsen.

Deutschland muß nach seiner Wiedervereinigung ein handlungs- und bündnisfähiger, verlässlicher und verantwortungsbewußter Partner in der Weltgemeinschaft bleiben. Dafür brauchen wir einen neuen außen- und sicherheitspolitischen Konsens in Deutschland. Wir müssen endlich in der Lage sein, wie andere Staaten der Völkergemeinschaft an internationalen Friedenseinsätzen im Auftrag der Vereinten Nationen teilzunehmen – nicht mehr und nicht weniger. Wir wollen keinen Sonderweg. Und wir sind es unseren Soldaten schuldig, ihren Auftrag klar zu definieren und dafür die rechtlich gesicherte Grundlage zu schaffen.

Deutschland braucht Europa

In Europa ist und bleibt die Europäische Union der entscheidende Garant für Frieden und Wohlstand. Das Konzept der europäischen Integration – über die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union – ist die kreativste und in der Umsetzung erfolgreichste Idee der Nachkriegszeit.

Die F.D.P. wendet sich gegen jede Form von Kleinstaaterei und nationalem Chauvinismus. Wir wissen, daß wir eine Reihe großer politischer Aufgaben nur im gesamteuropäischen Kontext lösen können. Dies gilt für die Sicherung des Friedens und den Erhalt einer lebenswerten Umwelt ebenso wie für die technologische Erneuerung der Wirtschaft, eine Kontrolle der Zuwanderung und den

gemeinsamen Kampf gegen das Organisierte Verbrechen.

Aber wir wollen nicht irgendein Europa, sondern ein liberales Europa. Die F.D.P. steht für ein marktwirtschaftliches Europa. Der Standort Deutschland und der Standort Europa müssen durch mehr Wettbewerb und mehr offene Märkte, durch weniger Subventionen und weniger bürokratische Regelungen gleichermaßen liberalisiert werden. Nur bei einem funktionierenden europäischen Markt, frei von Überregulierung und Planwirtschaft stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Zwei Drittel der Ausfuhren der Exportnation Deutschland gehen in die Europäische Union. Deswegen ist die F.D.P. im Interesse Deutschlands konsequent für das gemeinsame Europa.

Zumuten heißt Zutrauen – Wege aus der Politikverdrossenheit

Politikverdrossenheit hatte Konjunktur. Die Medien haben das Thema so hochgezogen, daß sich der Bürger immer mehr gelangweilt abwendet. Es geht dem Bürger nämlich nicht darum, von den Medien bestätigt zu bekommen, was er immer schon vermutet hatte: daß der Politiker faul, unfähig und korrupt sei. Es geht darum, etwas zu ändern.

Politikverdrossenheit wird dort zuerst gemacht, wo Politik gemacht wird – sei es durch individuelles Fehlverhalten oder durch strukturelle Defizite unserer Demokratie. Veränderung tut not – bei Politikern wie auch bei Bürgern. Aus der allgemeinen Verunsicherung, der Zukunftsungewißheit und Orientierungslosigkeit will die F.D.P. nicht durch politische Sinnstiftung oder kollektiv verordnete staatliche Beglückung herausführen. Die F.D.P. setzt auf den handelnden Bürger. Zu viele Bürger sehen nicht die Chancen, die sich aus aktivem Handeln ergeben. Sie erwarten vom Staat nahezu grenzenlose Sicherheiten und übertragen die gesamte Verantwortung auf die Politik. Diese passive Anspruchsmentalität hat die Politik selbst gezüchtet, indem sie sich für allzuständig und den Staat als das Allheilmittel für die Lösung aller Probleme erklärt hat. Die Liberalen wollen aber eine aktive Bürgergesellschaft und keine Zuschauerdemokratie. Wir Liberalen muten dem Bürger etwas zu, weil wir ihm viel zutrauen.

Das demokratische Gemeinwesen ist kein Dienstleistungsunternehmen, aus dem man für möglichst

wenig Geld möglichst viel herausholt. Mehr Raum zu schaffen für Eigeninitiative und Eigenvorsorge, für Kreativität und Leistung ist eine zentrale Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der der einzelne Verantwortung für sich und für andere übernehmen kann. Dazu gehören auch mehr Teilnahmemöglichkeiten des Bürgers an unserer Demokratie. Insbesondere in seinem unmittelbaren Lebensumfeld kann der Bürger stärker an Entscheidungen beteiligt werden.

Die F.D.P. ist für eine Verbesserung des Verhältniswahlrechts in den Ländern, Demokratie- und Transparenzangebote bei der Aufstellung von Kandidaten und eine Verbesserung des Wahlverfahrens bei der Kandidatenaufstellung. Das kommunale Wahlrecht muß in allen Bundesländern die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens vorsehen. Auf diese Weise können die Bürger unmittelbar auf die von den Parteien aufgestellten Listen Einfluß nehmen. Darüber hinaus sind wir für die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte sowie für die Einführung eines Bürgerentscheids auf kommunaler Ebene.

Auch die Parteien müssen sich innerlich reformieren. Parteien sind nötig zum Interessenausgleich in einer pluralistischen Gesellschaft, deswegen müssen sie eng mit der Gesellschaft verbunden und vernetzt sein. Das möchte die F.D.P. für sich mit ihrer auf dem Weg befindlichen Parteistrukturreform erreichen. Dabei ist die innerparteiliche Demokratie der F.D.P. schon viel weiter als bei den anderen Parteien. Es gibt Vollversammlungen für Kandidatenaufstellungen, echte Wahlen der Kandidaten und ein Klima der Diskussion und des Dialogs auf den Parteitag. Allerdings reicht das

noch nicht aus, um die Mitarbeit attraktiver zu machen und die Schwelle zur Mitgliedschaft herabzusetzen. Parteien zu modernisieren und gleichzeitig Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe außerhalb der Parteien zu erweitern, ist eine dringliche Aufgabe, die die Kluft zwischen Wählern und Gewählten überbrücken soll. Und gerade für die F.D.P. geht es darum, ein wachsendes gesellschaftliches Potential, das sich als liberal versteht, mit der F.D.P. zu verbinden.

Für ein weltoffenes und leistungsstarkes Deutschland

Am 16. Oktober entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, ob Deutschland als weltoffenes und tolerantes Land eine der führenden Wirtschafts- und Handelsnationen bleibt. Die F.D.P. ist überzeugt: Wir können den Wirtschaftsstandort Deutschland auf Dauer nur durch mehr Marktwirtschaft sichern. Die Liberalen setzen auf mehr Wettbewerb und wollen den Bürgern wieder neue Spielräume eröffnen.

Teure Beschäftigungsprogramme sind auf Dauer kein Weg aus der Arbeitslosigkeit. Die F.D.P. will keine höhere Staatsverschuldung und keine weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen. Die F.D.P. will Bedingungen dafür schaffen, daß die Leistung und Initiative der einzelnen sich auch lohnt. Die F.D.P. will Verantwortung übernehmen. Durch eine starke F.D.P. wollen wir die Mitte stark machen. Wir wollen keine regierungsunfähige rot-grüne Mehrheit und keine handlungsunfähige Große Koalition. Die F.D.P. steht für Kontinuität und für Veränderung zugleich.

Politik der Reformen und Reform der Politik

„Uns eint der Wille nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, das Gebot einer umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte, das Engagement für Frieden und Abrüstung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Schutz von Minderheiten, Bewahrung der Natur sowie umweltverträgliches Wirtschaften und Zusammenleben.“

(Aus dem Grundkonsens von Bündnis 90/
Die Grünen, Leipzig, Mai 1993)

Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Veränderungen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa und besonders in Deutschland so umfassend und tiefgreifend wie in diesen Jahren. Der rasante Wandel erschüttert Standpunkte und Orientierungen. Was jahrzehntelang als sicher und fest galt, bietet keinen Halt mehr. Die Ängste und Fremdheitsgefühle wachsen und überdecken die Chancen, die dieser Wandel in sich birgt. Das Zusammenwachsen der beiden deutschen Gesellschaften und die Neuorientierung Europas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eröffnen der Politik enorme Möglichkeiten. Doch auch die Anforderungen steigen.

Die konservativ-liberale Regierung hat diese Chancen größtenteils verpaßt und verpatzt.

Aus ihren Blühträumen sind Massenarbeitslosigkeit und eine einzigartige Wirtschaftsstrukturkrise gewachsen. Erwerbsarbeit wird nicht gerecht verteilt. Immer mehr Frauen werden aus dem Arbeitsleben herausgedrängt. Die ökologische Reform des Wirtschaftens steht aus. Fremdenhaß und Rassismus drohen Toleranz und Weltoffenheit zu verdrängen. Statt entschiedene Schritte in Richtung einer Zivilisierung der Außenpolitik und umfassender Abrüstung zu gehen, werden neue Gründe für eine militärische Rolle Deutschlands gesucht.

Viele Menschen sehen nicht zuversichtlich, sondern beunruhigt und voller Angst in die Zukunft. Die politische Kultur hat sich nicht weiter-, sondern zurückentwickelt. Das Verhalten zahlreicher Politiker wie auch die pauschale Verurteilung „der Politik“ verschütten Sinn und Geist der Demokratie. Modischer Populismus, der jede ernsthafte

Willensbildung untergräbt, und elitäres Politikergehabe, das sich als Führungsstärke und Stehvermögen ausgibt, machen sich breit.

Reform der Politik . . .

Die Aufbruchstimmung nach dem Fall der Mauer ist in Verdrossenheit umgeschlagen. Vetternwirtschaft, Filz, Selbstbedienung und Opportunismus sind an der Tagesordnung. In den neuen Bundesländern geben vielerorts Westimporte, Wendehälse und Blockflöten den Ton an. Die politische Klasse macht mehr durch Skandale als durch überzeugende Politik von sich reden. Viele Politiker sehen in ihrem Amt weniger die verantwortliche Aufgabe als ein Vehikel für ihr persönliches Fortkommen. Auch die Parteien als Ganze sind häufig mehr an sich selbst als am Gemeinwohl interessiert.

Nach dem Grundgesetz wirken die Parteien an der politischen Willensbildung mit. Diese Arbeit der Parteien ist notwendig und muß finanziell abgesichert, aber auch öffentlich kontrolliert werden. CDU/CSU, SPD und FDP haben aber immer wieder diesen beschränkten Auftrag des Grundgesetzes mißbraucht, um an dessen Stelle eigennützige Machtinteressen zu setzen. Der Staat, die öffentlich-rechtlichen Medien, die Justiz, die öffentlichen Unternehmen, ja selbst die Vereine befinden sich fast ausschließlich im Besitz und Gebrauch der Alt-Parteien.

Daß die Meinung von Bürgerinnen und Bürgern im politischen Alltag wenig gefragt ist, steht in einem seltsamen Widerspruch dazu, daß billige

Anbiederung die Tagespolitik bestimmt. Nicht die öffentliche Meinungsbildung auf Grundlage hinreichender Informationen ist die Regel politischer Willensbildung, sondern Anbiederei, das Schielen nach Trends. Gefragt sind Stimmungen, nicht Meinungen.

Bündnisgrüne Politik folgt einem anderen Verständnis von politischer Verantwortung. Wir setzen auf die Eigenverantwortlichkeit und Mündigkeit der Menschen und auf ihr Recht, sich an der Gestaltung der politischen Vorgänge zu beteiligen. Es ist besser, Probleme auszusprechen, als sie zu verkleistern, Ressentiments und Vorurteilen zu widersprechen, anstatt sie zu instrumentalisieren. Wir setzen auf eine erwachsene politische Kultur des Streits und der Suche nach Konsens.

Die aus nur acht Abgeordneten bestehende Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im 12. Deutschen Bundestag hat eine Vielzahl von Initiativen unternommen und Vorschläge unterbreitet, um das Verhältnis von Parteien, Staat und Gesellschaft neu zu bestimmen und den unkontrollierten Einfluß der Parteien zurückzudrängen. In den meisten Fällen war dies allerdings vergeblich.

Die folgenden Initiativen wollen wir im nächsten Bundestag erneut zur Debatte stellen:

– Gegen Politikverdrossenheit und Zuschauerdemokratie setzen wir ein Konzept der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen – auf allen Ebenen. Mit der Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid wollen wir die Möglichkeiten zu demokratischer Teilhabe entscheidend ausweiten.

– Eine restriktive und transparente gesetzliche Regelung der Parteien- und Fraktionsfinanzierung (Einfrieren der Parteienfinanzierung) bleibt auch nach der Einigung von Koalition und SPD im vergangenen Herbst notwendig: So die weitere Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Parteispenden, die öffentliche Rechnungslegung über Einnahmen und Ausgaben von Parteien und Fraktionen. Damit wollen wir den Schleier über der Parteienfinanzierung lüften und dem verbreiteten Selbstbedienungsdrang einen wirksamen Riegel vorschieben.

– In der Abschaffung des Amtes der parlamentarischen Staatssekretäre liegt eine weitere Möglichkeit zur Rückführung des aufgeblähten Regierungsapparats und zur Beschränkung der Pfründewirtschaft.

– Die Wahl der vom Bundestag zu berufenden Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts soll künftig nach öffentlicher Anhörung unmittelbar durch den Bundestag erfolgen. Selbstverständlich sollen die Senate des Gerichts zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen besetzt werden. Mit unserem Vorschlag soll die Berufung der Verfassungsrichter und -richterinnen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar und der Parteienkungelei entzogen werden.

– Die Urwahl der Kandidaten für politische Ämter kann den Einfluß der Wählerinnen und Wähler auf die Kandidatenaufstellung und Zusammensetzung des Bundestages nachhaltig stärken. Gleiches gilt für eine Änderung des Bundeswahlgesetzes (Möglichkeit des Kumulierens bei der Zweitstimme).

– Im Gegensatz zur Koalition wollen wir die Strafbarkeit der passiven und aktiven Abgeordnetenbestechung durchsetzen.

Weitere Reformen, etwa im Hinblick auf den Einfluß der Parteien in den Medien, sind dringend geboten. Doch ohne ein verändertes Selbstverständnis der Parteien werden all diese Veränderungen wenig bewirken.

Nicht nur wegen des beschädigten Ansehens der Parteien fällt es vielen Bürgern immer schwerer, diesen Staat als ihren zu begreifen. Zu dieser wachsenden Distanz trägt der Staat selber in dem Maße bei, in dem er den gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen hinterherhinkt.

So wird die – noch aus vordemokratischer Zeit stammende – Verquickung kirchlicher und staatlicher Aufgaben von einer Mehrheit in unserer Gesellschaft als ärgerlicher Anachronismus empfunden. Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören zum Kernbestand einer freiheitlichen Ordnung wie das Recht, sich öffentlich zu einer Religion oder Weltanschauung zu bekennen. Die Aufgabe des Staates ist der Schutz dieser Freiheit – nicht mehr und nicht weniger. Die Trennung von Kirche und Staat muß die schrittweise Abschaffung der Kirchensteuer, des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts und der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten in kirchlichen Einrichtungen beinhalten.

In den Augen vieler Menschen gelten Teile der öffentlichen Verwaltung als überflüssiger und teurer bürokratischer Wasserkopf. Auch wenn diese Haltung zu großen Teilen in Vorurteilen gründet, bleibt doch die Notwendigkeit einer bürgerorientierten und kostenbewußten Reform der Verwaltung bestehen. Das Ziel ist eine transparente, pro-

blemorientiert und effizient arbeitende Verwaltung, die zügige Verfahren garantiert und dabei die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger umfassend gewährleistet.

... Politik der Reformen

Ökologisch wirtschaften – Umwelt bewahren

Die aktuelle Rezession legt eine doppelte Strukturkrise unseres Wirtschaftens bloß: eine ökologische Krise – die der falschen Produkte und Produktionsverfahren – und eine soziale Krise – die der falschen Verteilung von Arbeit und Einkommen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen dagegen auf eine Politik, die den ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft aktiv fördert und beschleunigt. Wir wollen den Aufbruch eines klassischen Industrielandes auf der Grundlage ökologischer Innovationen. Ohne eine ökologische Offensive haben wir auch wirtschaftlich keine Zukunft. Denn nur nachhaltiges Wirtschaften verspricht auf Dauer Erfolg. Wir streben die Sicherung von Wohlfahrt ohne Zerstörung unserer Lebensgrundlagen an. Der Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung sollte in Zukunft ein Ökosozialprodukt sein.

Ein ganz wesentlicher Schritt zur Umsetzung dieser Konzeption muß mit der ökologischen Reform des Steuersystems gegangen werden. Mit der Besteuerung von Ressourcen- und Energieverbrauch wollen wir bewirken, daß die Preise die ökologische Wahrheit ausdrücken. Wer die Umwelt schädigt, soll zahlen; wer sie bewahren hilft, soll gewinnen. Das Aufkommen aus Ökosteuern darf nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern herhalten. Die Mittel sollen vielmehr dem ökologischen Umbau zugute kommen.

Mit der ökologischen Wende der Wirtschaft sind erhebliche Marktchancen verbunden. Wer sich heute mit den Problemen der Zukunft beschäftigt, wird morgen die Produkte auf die Nachfrage der anderen haben. Diese Strategie trägt auf mittlere Sicht zur Schaffung einer Vielzahl neuer, zukunftsorientierter Arbeitsplätze bei – im Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, bei den erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung, in der Abfallwirtschaft und vor allem im integrierten Umweltschutz.

Dies gilt besonders für die neuen Bundesländer, die sich ohnehin in einer Phase der wirtschaftlichen

Neustrukturierung befinden. Hier bedarf es ergänzend einer klareren Wirtschaftsförderkonzeption, die den bestehenden Wirrwarr ablöst und öffentliche Förderung stärker an die Schaffung von Arbeitsplätzen bindet. Zusätzlich sind verbesserte Hilfen zur Eigenkapitalbildung von kleinen und mittleren Unternehmen – vor allem für die Aufbringung von echtem Risikokapital – erforderlich. Hinzukommen sollten verbesserte Präferenzregeln für ostdeutsche Produkte und schließlich ein Infrastrukturprogramm Ost mit den Schwerpunkten Wohnungsbau, Energieversorgung, Nahverkehr.

In der Vergangenheit sind Wirtschaft und Umwelt als Gegensätze betrachtet worden. Die Bewahrung der Umwelt und die Förderung wirtschaftlicher Wohlfahrt schienen unvereinbar. Doch auf Dauer gesehen rechnet sich Umweltschutz auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Denn verstärkte Ökologie führt kurz- und langfristig zu überlebensfähiger Ökonomie.

Die klassischen Themen der Ökologiebewegung verlieren dadurch nichts an Aktualität: Der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie, die Abkehr von der autonomen Gesellschaft, die Hinwendung zu einer sanften Chemie werden der ökologischen Innovation unserer Gesellschaft und einer Zukunftsorientierung der Wirtschaft neuen Auftrieb geben.

Solidarische Arbeitsmarktpolitik

Ökologische Strukturpolitik ist jedoch kein Allheilmittel zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Sechs Millionen fehlende Arbeitsplätze sind mit dem Umsteuern der Wirtschaftspolitik allein nicht wiederherzustellen. Übrigens auch nicht durch die Politik des bedenkenlosen Wirtschaftswachstums, wie sie von der Bundesregierung und auch von der SPD favorisiert wird.

An der gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit durch allgemeine Arbeitszeitverkürzungen – ohne vollen Lohnausgleich – führt kein Weg vorbei. Es muß gelingen, Arbeitszeitverringerungen in deutlichen Schritten zu verwirklichen. Sonst wird die Massenerwerbslosigkeit mit ihren bedrohlichen gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen auf Dauer bestehen bleiben. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die notwendige Arbeitszeitverkürzung schaffen und das dazu nötige gesellschaftliche Klima fördern.

Wir schlagen zugleich eine gründliche Neuordnung der Instrumente staatlicher Arbeitsmarktpolitik vor. Statt einer kurzfristig orientierten, ständigen Schwankungen unterliegenden Arbeitsförderung

halten wir die Einrichtung dauerhafter Arbeitsförderbetriebe für sinnvoll, die gesellschaftlichen Bedarf vorwiegend in den Bereichen decken, die privatwirtschaftlich gar nicht oder nur unzureichend versorgt werden.

Die Erzielung eines Arbeitseinkommens in einem solchen gesellschaftlich geförderten Betrieb ist für viele Erwerbslose die bessere, für nicht wenige die einzige Alternative zu einem Sozialeinkommen.

Sozialstaatliche Reformen

Die Situation der „sozial Schwachen“ und besonders der Armen in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Zum einen haben in der Folge der tiefen Wirtschaftskrise viele Menschen ihr Arbeitseinkommen verloren. Zum andern ist unter dem Druck der leeren Kassen die konservativ-liberale Koalition den Weg des geringsten Widerstandes gegangen und hat die Konsolidierung des Haushaltes vorrangig zu Lasten der „sozial Schwachen“ betrieben.

Gerade jetzt erweist sich die Schaffung einer sozialen Grundsicherung als notwendig, die im Gegensatz zur heutigen Sozialhilfe bedarfsdeckend ist und der nicht der Makel eines Almosens anhaftet.

Die verfahrenere und sehr viele Menschen in diesem Land abschreckende Diskussion über die Pflegeversicherung hat zu einem in vieler Hinsicht unbefriedigenden Ergebnis geführt: Zum einen ist die Pflege selbst unzureichend gesichert. Zum anderen ist mit der faktischen Freistellung der Arbeitgeberseite die Beitragslast allein den Arbeitnehmern aufgebürdet worden. Ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz wäre die bessere Lösung gewesen, die zudem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen weniger belastet hätte als die bis zur Unkenntlichkeit zerredete Sozialversicherungslösung.

Wir wollen eine kinderfreundlichere Politik; Kinder sind heute ein wesentlicher Grund für die Verarmung von Familien. Statt mit dem Ehegattensplitting die kinderlose Ehe steuerlich zu subventionieren, muß nach Überzeugung von Bündnis 90/Die Grünen dieses Steuerprivileg zugunsten eines deutlich erhöhten, einkommensabhängigen Kindergeldes abgebaut werden.

Gerechte Verteilung der Lasten

Bund, Länder und Gemeinden stecken je einzeln und alle zusammen in der Finanzkrise. Mit einer finanzpolitisch unsoliden und gesellschaftspolitisch zerstörerischen Politik versucht die Bundesregierung, den Folgen dieser Krise zu entgehen. Ver-

schuldung im großen Stil, Entsolidarisierung der öffentlichen Haushalte, Ausplünderung der Sozialsysteme, drastischer Sozialabbau kennzeichnen diese Strategie der Verdrängung der Probleme und der Abwälzung der Lasten auf die „sozial Schwachen“.

In den Mittelpunkt einer neuen Finanzpolitik wollen dagegen Bündnis 90/Die Grünen einerseits einen solidarischen Lastenausgleich Deutsche Einheit stellen, der die einkommens- und finanzstarken Gruppen in der Gesellschaft stärker einbezieht, andererseits die überfällige Reform des Steuersystems nach ökologischen Gesichtspunkten, mit der wir im Vorgriff auf eine notwendige europäische Regelung beginnen wollen. Die Einführung von Ökosteuern muß auf längere Sicht zu einer Neugewichtung zwischen den Steuerarten führen, die eine abnehmende steuerliche Belastung der Arbeit einschließt.

Hinzu kommt die wirksame Begrenzung und schrittweise Rückführung der katastrophalen Verschuldung des Staates. Ein weiterer Anstieg der Neuverschuldung wäre auch zur Finanzierung notwendiger Reformen nicht vertretbar.

Offene Gesellschaft im Herzen Europas

Europa bereitet sich auf die „immer engere Union der Völker Europas“ vor. So heißt es im Vertrag von Maastricht. Die geistigen und physischen Mauern im Innern der europäischen Gesellschaften werden dessen ungeachtet höher und undurchdringlicher.

In Deutschland wurden mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts die Grenzen für Flüchtlinge und Einwanderer weitgehend geschlossen. Auch die – teilweise schon seit Jahrzehnten – hier lebenden Angehörigen nationaler und ethnischer Minderheiten bleiben ausgegrenzt. Sie und insbesondere ihre Kinder leben und fühlen sich als Bürger/-innen unserer multikulturellen Gesellschaft, werden aber als Ausländer behandelt und von den elementaren Bürgerrechten ferngehalten.

Auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten müssen zunehmend ihre Existenzberechtigung und Lebensform verteidigen. Tätliche Übergriffe von Neonazis sind nur eine extreme Ausdrucksform einer allgemeineren Ablehnung des „Nicht-Norm-Gerechten“.

Bündnis 90/Die Grünen werden sich am Ausbau Deutschlands zu einer Festung im Herzen Europas nicht beteiligen, statt dessen der multikulturellen Lebensrealität in diesem Land den notwendigen Raum schaffen. Wir fordern die schnelle und kon-

sequente Gleichstellung dauerhaft hier lebender ethnischer und nationaler Minderheiten. Hierzu gehört das allgemeine und gleiche Wahlrecht und ein neues Staatsbürgerschaftsrecht, das die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft eröffnet.

Wir werden uns darüber hinaus für eine gesellschaftliche Mehrheit zur Wiederherstellung des Asylgrundrechts einsetzen und treten für ein europäisches Asylrecht ein, das mit einer einklagbaren, individuellen Rechtswegegarantie in jedem Staat der Europäischen Union Teil der europäischen Menschenrechtspolitik wird.

Die Bundesrepublik braucht zusätzlich ein humanes Einwanderungsrecht für Zuwanderer, die keine Flüchtlinge sind. Die Regelungen sollen sich an humanitären und sozialen Gesichtspunkten orientieren und nicht etwa vorrangig an den ökonomischen Interessen des Einwanderungslandes.

Europa zusammenbringen

Nicht nur die Festung Deutschland, auch die Festung Europa ist eine falsche – und übrigens auch sehr kurzsichtige – Reaktion auf die aktuellen Probleme. So natürlich es sein mag, wenn in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Besitzstände gewahrt werden sollen, das Seidenhemd den Deutschen und den anderen Westeuropäern näher als der verschlissene Rock der Polen oder Albaner ist: Eine Politik, die mit populistischer Artikulation verbreiteter Ängste den Herausforderungen der neunziger Jahre gerecht werden will, muß scheitern.

Dem neuen Nationalismus, der großen Herausforderung für Europa an der Jahrtausendwende, kann nur wirkungsvoll mit einer erfolgreichen europäischen Einigung begegnet werden. Die alten Konzepte taugen dafür nicht mehr.

Schon für sich allein steckt das Europa der Zwölf, das Europa des Maastrichter Vertrags in der Krise. Sozialpolitische Mängel und das offenkundige Demokratie-Defizit der noch längst nicht gesamteuropäischen Union erzeugen berechtigte Vorbehalte. Alte und neue Partikularinteressen werden durch die flächendeckende Wirtschaftskrise verstärkt. National statt europäisch orientierte Politik erhält neue Nahrung.

Eine Reform des Integrationsprozesses tut also not. Viele Chancen sind seit dem Ende des Kalten Krieges schon verpaßt worden. Die nächsten Jahre müssen Schritte auf dem Weg zu Reformen bringen. Die Ziele sind die Demokratisierung der Union, ihr sozialer und ökologischer Umbau sowie nicht zuletzt ihre Öffnung hin auf Gesamteuropa. Dabei geht das eine nicht ohne das andere.

Die zentralen Strukturen der Europäischen Union müssen transparenter, ihre Entscheidungsfindung stärker bei der Legislative angesiedelt werden. Auf der anderen Seite bedarf es deutlicherer und direkterer regionaler, kommunaler und individueller Einflußmöglichkeiten. Unser Schlüssel für eine Demokratisierung der Europäischen Union liegt vor Ort im eigenen Land.

Die Vielgestalt Europas erfordert schon jetzt größeren Spielraum für unterschiedliche Interessen und Erfordernisse. Mit jedem neuen Mitglied der Union wächst dieses Bedürfnis. Erst recht aber gilt dies für die Einbeziehung der mitteleuropäischen Staaten. Die Europäische Union muß gesamteuropätauglich werden. So sinnvoll und notwendig die Vertiefung der europäischen Integration ist: Sie darf nicht zu Lasten ihrer Erweiterbarkeit gehen.

Die posttotalitären Staaten Mittel- und Osteuropas brauchen die gesamteuropäische Perspektive als eine Triebkraft ihrer eigenen Entwicklung. Bleibt diese Perspektive nur abstrakt und visionär, gewinnt statt der zivilen Gesellschaft der wiederbelebte Nationalismus die Oberhand. Diese Gefahr droht nicht nur wie jetzt in Rußland. Sie existiert vor unseren Augen im ehemaligen Jugoslawien. Die Öffnung nach Osten ist überlebenswichtig – zuerst für die Gesellschaften Osteuropas, aber gleichzeitig auch für die Westeuropas. Es gibt keine Mauern mehr, die Europa und seine Probleme auf zwei verschiedene Planeten zu verteilen vermöchten.

Was für die demokratische, soziale und ökologische Reform gilt, ist auch für die sicherheitspolitische richtig. Gesamteuropäische Strukturen sind notwendig, um Europa nicht in Angst vor sich selbst erstarren zu lassen. Der Kern eines sicherheitspolitischen Reformprozesses für Europa ist deshalb die Abkehr von Militärbündnissen wie NATO und WEU, die Feindbilder und Gegner brauchen, um sich selbst legitimieren zu können. Nicht die Abwehr anderer, die außerhalb bleiben, sondern der Ausbau vertrauensbildender Strukturen führt zum Zusammenschluß der Angehörigen ehemals verfeindeter Blöcke innerhalb Europas. Deshalb setzt Bündnis 90/Die Grünen auf die KSZE als zentrales Forum europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die KSZE bietet die Grundlage für ein System kollektiver Sicherheit und zeigt bereits heute vielversprechende Ansätze, einem erweiterten Sicherheitsbegriff zu entsprechen, der nicht bloße militärische Stärke, sondern die Garantie der Menschenrechte, Demokratie, Entwicklung und Transparenz umfaßt.

Strittig innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen ist die Rolle der NATO bei diesem Umorientierungs-

prozeß. Die Mehrheit fordert, die NATO schrittweise aufzulösen und durch die nichtmilitärische KSZE zu ersetzen. Andere stellen sich die Abrüstung der NATO und ihre Umwandlung zum Bestandteil eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems vor, das die osteuropäischen Staaten einbezieht. Soviel allerdings ist sicher: Die Lösung sucht Bündnis 90/Die Grünen jenseits des „weiter so“ der gegenwärtigen Regierungspolitik,

Reformen setzen die Einsicht in ihre Notwendigkeit voraus. Kommen sie aber in Gang, können sie unaufhaltsam werden. Eine Reform der europäischen Integrationsprozesse hätte enorme Ausstrahlungskraft auch auf die internationalen Beziehungen insgesamt. Die UNO als zunehmend geforderte internationale Problemlösungs- und Konfliktschlichtungsinstitution könnte davon pro-

fitieren – und damit wir alle. Auf globaler Ebene kann nicht falsch sein, was auf europäischer richtig ist.

Ziel einer dringend notwendigen UNO-Reform ist deren Umbau in ein demokratisches Gremium ohne Vorrechte einzelner Mitgliedstaaten. Das Übergewicht der nördlichen Industriestaaten muß deshalb abgebaut werden. Eine solche Struktur ist die Voraussetzung für die politische und rechtliche Stärkung der UNO. Weltweiter sozialer Ausgleich, Abbau ökologischer Belastungen, die Garantie der Menschenrechte und die Verhinderung gewaltsamer Konflikte bleiben hehre Ziele, solange nicht durch freiwillige Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte die reale Macht der UNO befördert wird. Dazu bedarf es des Vertrauens in eine repräsentative supranationale Struktur.

Erneuerung der Gesellschaft

Das Volk auflösen und ein neues wählen?

Es ist nicht zufällig, daß gegenwärtig über Ursachen und Möglichkeiten zur Überwindung der Politikverdrossenheit in den Parteien, unter Politikerinnen und Politikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, in den Medien und in der Bevölkerung diskutiert wird. 1994 steht ein Wahlmarathon bevor. Es ist daher eine Chance für alle politischen Kräfte, das Thema der Politikverdrossenheit konkret zu benennen und in der Öffentlichkeit Schlußfolgerungen darzulegen – aber auch eine Verführung, im Interesse macht- und parteipolitischer Ziele die eigentlichen Ursachen zu verschweigen und Scheinlösungen zu propagieren. Wie groß diese Verführung ist, zeigt die Reaktion von Vertreterinnen und Vertretern der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und teilweise auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf das Ergebnis der kürzlichen Kommunalwahl im Land Brandenburg. Sie erinnert an das Verhalten der SED-Führung im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953, das Bertholt Brecht mit den Worten geißelte: „... daß das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe und es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobern könne. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“*

Da zum Thema Politikverdrossenheit viele wissenschaftliche Untersuchungen vorliegen und ihre Resultate breit erörtert werden, möchte ich mich aus der Sicht meiner persönlichen Erfahrungen aus der Wende 1989/90, der Tätigkeit als Abgeordnete der PDS/Linke Liste im Bundestag und in meinem Wahlkreis dazu äußern. Damit beschränke ich mich von vornherein auf bestimmte Aspekte und erhebe keinen Anspruch auf eine umfassende Darstellung der Ursachen und der daraus durch die PDS abzuleitenden Schlußfolgerungen für die Programmatik, die praktische Politik inner- und außerhalb des Parlaments sowie für die Entwicklung der Partei selbst.

* Bertholt Brecht, „Die Lösung“, in: Gesammelte Werke, Bd. 10, Frankfurt am Main 1967, S. 1067.

Mein aktives politisches Engagement begann, als der berechtigte Versuch, nach der Periode des Faschismus im Osten Deutschlands eine zunächst antifaschistisch-demokratische und später sozialistische Gesellschaft zu gestalten, vor dem Scheitern stand. Eine Zeit, in der die politische Führung der DDR weder bereit noch fähig war, die dem realen Sozialismus immanenten Mängel an Selbstverwirklichungsmöglichkeiten des Menschen, an Demokratie, Produktivität und Umgang mit der Natur grundlegend zu reformieren. Es waren Monate, in denen Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger das Gefühl überwand, den Machtverhältnissen ohnmächtig gegenüberzustehen. Sie traten heraus aus ihren privaten Nischen und riefen unüberhörbar „Wir sind das Volk“. Ihr Selbstbewußtsein erwachte. Es wuchs der Drang, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Runde Tische und andere Formen direkter Demokratie boten bislang nicht erfahrene Möglichkeiten, in die politische Auseinandersetzung einzugreifen. Politik konnte mitbestimmt und mitgestaltet werden. Sie wurde durchschaubar, forderte und förderte Kreativität. Visionen wurden entworfen, reale Schritte zur Veränderung des politischen Systems, der Wirtschaft, der Bildung und Kultur, des Umweltschutzes wurden in parteiübergreifenden Diskussionen erstritten.

Heute, nur vier Jahre später, begegnen mir wieder Resignation und Ohnmacht – und dies nicht nur in den neuen Bundesländern. Vieles von dem, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, was Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien, was Bürgerinitiativen, Verbände und Interessengruppen an Vorstellungen für ein neues Deutschland und seine Rolle in Europa und in der Welt in leidenschaftlicher Auseinandersetzung hervorbrachten, blieb Illusion. Es entstand kein neues Deutschland mit mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit; kein Deutschland mit dem Willen, die gewachsenen politischen und ökonomischen Potenzen für die Abwendung der nahenden ökologischen Katastrophe, für die gewaltlose Beilegung von Konflikten, für die Errichtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und für ein friedliches europäisches Haus einzusetzen. Schon der Vollzug der Einheit als Anschluß und nicht als Vereinigung gleichberechtigter Partner auf der

Grundlage einer neuen Verfassung zeigt, daß die politische Klasse der alten BRD alles tat, um jegliche Veränderungen in der herkömmlichen Produktions- und Konsumtionsweise sowie in den politischen Herrschaftsverhältnissen abzublocken. Die Folgen für die neuen Bundesländer – und zunehmend auch für die alten – sind bekannt.

Nach meiner Erfahrung hängt Politikverdrossenheit vorrangig mit dem Inhalt der offiziellen Politik, mit der Transparenz politischer Entscheidungen, mit den Möglichkeiten für die Mitentscheidung und Mitgestaltung der Politik durch Bürgerinnen und Bürger und ihrer sozialen Interessengruppen zusammen. Politik weckt Interesse und Engagement, wenn sie darauf gerichtet ist, die Alltags- und Zukunftsinteressen der heutigen Generationen zu sichern und kommenden Generationen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Welchen Beitrag leistet die offizielle Politik aber, um die globalen ökologischen Gefahren für die weitere Existenz der Menschheit zu beseitigen, um die neuen europäischen Herausforderungen zu bewältigen, um die vor und nach der Vereinigung aufgestauten inneren Probleme in Deutschland im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lösen?

Auf Fragen von heute und morgen geben die etablierten Parteien Antworten von gestern. Die politischen Institutionen in Deutschland scheinen nur noch darauf fixiert zu sein, Vorhandenes zu verwalten und zu bewahren. Die Politik ist erstarrt. Politikerinnen und Politiker der großen Parteien sind von überholten Denk- und Handlungsmustern gefesselt. Ihre Vorstellungen gehen immer nur in eine Richtung: Sicherung des eigenen Besitzstandes, Verteilung der Lasten auf die Schultern der Schwächeren und auf Kosten der Zukunft. Die Reichen dieser Gesellschaft werden immer reicher, die Schwachen und Armen immer schwächer und ärmer. Die Bundesrepublik benötigt eine demokratische, soziale, zivile, ökologische und antirassistische Erneuerung. Diese kann und wird nicht von den momentan die Politik bestimmenden Kräften ausgehen. Die Bundesrepublik braucht eine starke demokratische Opposition. Die PDS versteht sich als Teil dieser Opposition und wird sich inner- und außerhalb der Parlamente einsetzen

– für eine aktive Beschäftigungspolitik, gegen Massenarbeitslosigkeit und die Zerstörungsstrategie der Bundesregierung und der Treuhandanstalt im Osten;

– gegen die Strangulierung der ostdeutschen Landwirtschaft und der gemeinschaftlichen Wirt-

schaftsformen sowie für die Verteidigung der Bodenreform von 1946;

– für bezahlbare Mieten in Ost- und Westdeutschland, für den Schutz der Eigentums- und Nutzungsrechte der DDR-Bürgerinnen und -Bürger;

– für eine soziale Grundsicherung für alle, gegen Deregulierung und Sozialabbau, für ein sozial gerechtes Gesundheitssystem, gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen;

– für mehr gewerkschaftliche Mitbestimmung und gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie;

– gegen den internationalen Einsatz der Bundeswehr, gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel, für die Abschaffung der Wehrpflicht und aller Zwangsdienste;

– für die Gleichstellung von Frauen und gegen den Paragraphen 218;

– für ein selbstbestimmtes Leben von Kindern und Jugendlichen;

– gegen Nationalismus, Großmachtpolitik, Rechtsextremismus und Rassismus sowie die Abschaffung des Asylrechts, für einen Volksentscheid über die weitere Entwicklung der Europäischen Union;

– für eine umfassende ökologische Wende;

– gegen die geistig und sozial reaktionäre Wende in der Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

Was bietet die Bonner Politik für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, um nur ein Gebiet herauszuheben? Expansive, die Natur und Kultur zerstörende Wirtschaftskonzepte werden umgesetzt. Die Schadstoffbelastungen, insbesondere aus dem motorisierten Individualverkehr und dem Güterverkehr, steigen dramatisch. Zersiedlung und Betonierung schreiten voran. Abfall- und Wegwerfproduktion gedeihen. Statt blühender Landschaften wachsen die Müllberge. Und all das geschieht mit nachhaltigen Folgen für die Klimaentwicklung der nächsten Jahrzehnte. Die Produktions- und Konsumtionsweise der Industrieländer, darunter der BRD, verschärfen die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Krisen und Konflikte in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Alternativen sind von der Wissenschaft, von Umweltgruppen und -organisationen, von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen längst formuliert. Die offizielle Politik aber verweigert sich einer ökologischen Wende. Die PDS tritt daher ein für

- die drastische Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung, effizientere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger sowie umfassend geförderte Energieeinsparung;
- eine regionalisierte Wirtschaftsentwicklung und für Wirtschaftsbeziehungen, die gleichzeitig Verkehrsvermeidung, Förderung des regionalen Handwerks und Mittelstandes sowie die finanzielle Stärkung der Kommunen und Regionen begünstigen;
- den Übergang zu einer ökologisch verträglichen Landnutzung und Stadtentwicklung sowie den Ausbau der Landschaftsschutzgebiete;
- die Nutzung stillgelegter Industrieflächen für die Gewerbeansiedlung statt des Verbrauchs weiterer Landschaft, Ackerflächen und Natur;
- die Einsparung von Energie als dem Kern einer ökologischen Wirtschaftspolitik, die stärkere Nutzung regenerativer Energiequellen und den Ausstieg aus der Kernenergie;
- den Stopp von Müllexporten und Mülltourismus sowie dafür, daß die Abfallvermeidung konsequent Vorrang vor Recycling hat, die Müllverbrennung auf ein Minimum gesenkt wird und die Verpackungsindustrie nach dem Verursacherprinzip für die Kosten der Entsorgung aufkommen muß;
- Öko-Steuern, die die spontane Marktregulierung eingrenzen und dafür, daß die Verursacher von Umweltschäden mit den ökologischen Folgekosten belastet werden;
- demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte, der Umweltorganisationen, Verbraucherverbände und Gewerkschaften beim sozialen und ökologischen Umbau.

Mehr direkte Demokratie

Nicht nur auf diesem, sondern auf allen Politikfeldern müssen neue Inhalte und entschiedene Schritte zur Demokratisierung festgefahrener politischer Strukturen getan werden. Die Erweiterung der direkten Beteiligung- und Entscheidungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie ihrer Bewegungen und Initiativen ist überfällig. Deshalb setzt sich die PDS für die Diskussion einer neuen Verfassung ein, die wesentlich mehr plebiszitäre Elemente beinhalten und durch Volksentscheid in Kraft treten soll.

Breitere Mitentscheidung könnte beispielsweise auch durch eine dritte Stimme erreicht werden. Gegenwärtig können sich Wählerinnen und Wähler bei Landtags- und Bundestagswahlen nur zwischen den verschiedenen Parteien und den von diesen nominierten Personen entscheiden. Wieso nicht auch für bestimmte nichtstaatliche Organisationen und von ihnen angestrebte Projekte, z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes und des Verkehrs? Je mehr Stimmen sie auf sich vereinigen, desto mehr Geld sollte ihnen für die Verwirklichung ihrer Projekte von den Ländern und vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

Um die direkte politische Mitbestimmung durch die verschiedensten sozialen Interessengruppen der Gesellschaft zu ermöglichen, ist es denkbar, neben dem Bundestag der Parteien eine Bundeskammer der sozialen Bewegungen einzurichten. Sie müßte sowohl das Recht erhalten, eigene Gesetzentwürfe in den Bundestag einzureichen, als auch das Recht, Gesetze des Bundestages zurückzuweisen, sofern darin gravierende Konsequenzen für Betroffene enthalten sind. Umwelt- und Mieterverbände, Gewerkschaften, Vertretungen von Menschen mit Behinderungen, von Ausländerinnen und Ausländern, Verbände von Frauen, Arbeitslosen, Jugendlichen u. a. bekämen damit eine Chance, sich Gehör zu verschaffen.

In die gleiche Richtung zielt der Vorschlag, eine eigene Kammer für Ostdeutsche einzurichten und zwar solange, wie die Lebensverhältnisse in Ost und West nicht ausgeglichen sind. Auch dieser Kammer sollten Einspruchs- und Initiativrechte eingeräumt werden, wenn es um tiefgehende Einschnitte in das Leben der ostdeutschen Bevölkerung geht, z. B. um Eigentums-, Miet-, Pacht- und Nutzungsrechte für Grundstücke, Wohnungen, Datschen und Kleingärten.

Runde Tische, Fachvertretungen und andere, den Parlamenten vor- und beigeordnete Gremien könnten dazu beitragen, die Kompetenz der politischen Institutionen zu erhöhen, die Allmacht der Parteien und die Lobby der Industrie und des Kapitals zu begrenzen. Es bleibt unsere Forderung, ausländischen Bürgerinnen und Bürgern und Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr das Wahlrecht einzuräumen.

Bewohner, Abgeordnete, Bürgermeister und Landräte meines Wahlkreises machten mich wiederholt auf einen weiteren Grund für Politikverdrossenheit aufmerksam: das Streben der Regierungsparteien, immer mehr Entscheidungen zu zentralisieren. Dadurch, so ihre Auffassung, wird die Bürokratie aufgebläht, Zeit verloren und Geld

verschwendet. Den Menschen vor Ort wird damit mehr und mehr die Motivation für politisches Engagement genommen. Politikmüdigkeit ist die Folge, denn der Einsatz für die Kommunen lohnt nur, wenn ihre Vertretungen etwas entscheiden können. Eine Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung kann gegenwärtig aber kaum grundlegende Entscheidungen treffen. Die kommunale Selbstverwaltung ist rechtlich, vor allem aber finanziell drastisch eingeschränkt worden. Sie ist zu einer leeren Worthülse verkommen.

Und wie verhält es sich mit der Transparenz politischer Entscheidungen? Sind Entscheidungen der Regierung und des Bundestages für die Öffentlichkeit durchschaubar? Nein. Sie werden größtenteils in internen Koalitionsgesprächen getroffen und, wenn es denn gar nicht anders geht, dürfen Vertreterinnen und Vertreter der SPD daran teilnehmen. Das Kabinett nickt ab. Die Abgeordneten der Fraktionen dieser Parteien dürfen die Hand heben. Und sie tun es in der Regel mehrheitlich, selbst dann, wenn sie nicht wissen, was ihre Parteispitzen in die Gesetzesvorlagen geschrieben haben – Fraktionszwang. Wie oft konnte ich das in den letzten drei Jahren erleben.

Parteiherrschaft hat keine Zukunft

In Deutschland sind zwischen zwei und drei Prozent der Erwachsenen in Parteien organisiert. Ein Bruchteil von ihnen nominiert die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Sie legen auch die Reihenfolge auf den jeweiligen Parteilisten fest. Bürgerinnen und Bürger haben darauf keinen Einfluß. Ihnen wird lediglich zugestanden, alle vier Jahre an die Wahlurne zu gehen und sich für eine Partei und für vorgegebene Personen zu entscheiden. Und wenn die Wählerinnen und Wähler dann – wie in Brandenburg – der PDS viele Stimmen geben, bekommen sie Schelte. Wahrlich, alle Macht geht vom Volke aus!

Die PDS ist eine sozialistische Partei. Ihr Ziel ist eine humane, zivilisierte Gesellschaft, in deren

Zentrum die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte des Menschen stehen; eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Die PDS kann nur glaubhaft für solch eine Gesellschaft wirken, wenn sie diese Vorstellungen in der Partei durchsetzt, sie vorlebt. Das Programm, das Statut und das Leben in der PDS sind deshalb darauf orientiert, nur soviel Partei wie nötig und soviel Bewegung wie möglich zu sein. Fast alle Veranstaltungen der PDS und ihrer Abgeordneten sind zugänglich für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Wer Mitglied der PDS werden möchte, durchläuft keine Prüfungszeit oder sonstige Prozeduren. Die Listen der PDS für Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen sind für Nichtmitglieder offen. Bewußtes Hinaustreten in die kritische Öffentlichkeit, Hinwendung zu und Unterstützung von sozialen Bewegungen, Förderung der Selbstorganisation und -hilfe der Betroffenen sind für die PDS wirksame Mittel gegen machtpolitische Verführungen und für ihren Beitrag zur Zivilgesellschaft.

Ein Vorteil der PDS ist ihre Herkunft aus der gescheiterten SED. Jene Erfahrungen bewahren die heutige PDS davor, Parteiinteressen vor Bürgerinteressen zu stellen und von den existenziellen Problemen der Gesellschaft abzuheben. Wir kennen die Folgen durch eigenes Erleben. Vieles, wofür die etablierten Parteien und ihre Politikerinnen und Politiker heute zu Recht kritisiert werden, erinnert mich an die Partei, der ich früher angehörte. Ich gebe einer Demokratie, die sich vornehmlich auf Parteiherrschaft gründet, keine Zukunft.

Meine Erfahrungen laufen auf die folgende Erkenntnis hinaus: Politisches Engagement der Menschen ist nur zu wecken durch eine sozial gerechtere und transparentere Politik, durch Einschränkung der Macht der Parteien, durch mehr direkte politische Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrechte für Bürgerinnen und Bürger, durch Delegation von politischen Entscheidungsbefugnissen an die Basis – dorthin, wo die Menschen leben, arbeiten und wohnen und folglich wissen, was für sie nötig ist.

- die drastische Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung, effizientere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger sowie umfassend geförderte Energieeinsparung;
- eine regionalisierte Wirtschaftsentwicklung und für Wirtschaftsbeziehungen, die gleichzeitig Verkehrsvermeidung, Förderung des regionalen Handwerks und Mittelstandes sowie die finanzielle Stärkung der Kommunen und Regionen begünstigen;
- den Übergang zu einer ökologisch verträglichen Landnutzung und Stadtentwicklung sowie den Ausbau der Landschaftsschutzgebiete;
- die Nutzung stillgelegter Industrieflächen für die Gewerbeansiedlung statt des Verbrauchs weiterer Landschaft, Ackerflächen und Natur;
- die Einsparung von Energie als dem Kern einer ökologischen Wirtschaftspolitik, die stärkere Nutzung regenerativer Energiequellen und den Ausstieg aus der Kernenergie;
- den Stopp von Müllexporten und Mülltourismus sowie dafür, daß die Abfallvermeidung konsequent Vorrang vor Recycling hat, die Müllverbrennung auf ein Minimum gesenkt wird und die Verpackungsindustrie nach dem Verursacherprinzip für die Kosten der Entsorgung aufkommen muß;
- Öko-Steuern, die die spontane Marktregulierung eingrenzen und dafür, daß die Verursacher von Umweltschäden mit den ökologischen Folgekosten belastet werden;
- demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte der Umweltorganisationen, Verbraucherverbände und Gewerkschaften beim sozialen und ökologischen Umbau.

Mehr direkte Demokratie

Nicht nur auf diesem, sondern auf allen Politikfeldern müssen neue Inhalte und entschiedene Schritte zur Demokratisierung festgefahrener politischer Strukturen getan werden. Die Erweiterung der direkten Beteiligung- und Entscheidungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie ihrer Bewegungen und Initiativen ist überfällig. Deshalb setzt sich die PDS für die Diskussion einer neuen Verfassung ein, die wesentlich mehr plebiszitäre Elemente beinhalten und durch Volksentscheid in Kraft treten soll.

Breitere Mitentscheidung könnte beispielsweise auch durch eine dritte Stimme erreicht werden. Gegenwärtig können sich Wählerinnen und Wähler bei Landtags- und Bundestagswahlen nur zwischen den verschiedenen Parteien und den von diesen nominierten Personen entscheiden. Wieso nicht auch für bestimmte nichtstaatliche Organisationen und von ihnen angestrebte Projekte, z.B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes und des Verkehrs? Je mehr Stimmen sie auf sich vereinigen, desto mehr Geld sollte ihnen für die Verwirklichung ihrer Projekte von den Ländern und vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

Um die direkte politische Mitbestimmung durch die verschiedensten sozialen Interessengruppen der Gesellschaft zu ermöglichen, ist es denkbar, neben dem Bundestag der Parteien eine Bundeskammer der sozialen Bewegungen einzurichten. Sie müßte sowohl das Recht erhalten, eigene Gesetzentwürfe in den Bundestag einzureichen, als auch das Recht, Gesetze des Bundestages zurückzuweisen, sofern darin gravierende Konsequenzen für Betroffene enthalten sind. Umwelt- und Mieterverbände, Gewerkschaften, Vertretungen von Menschen mit Behinderungen, von Ausländerinnen und Ausländern, Verbände von Frauen, Arbeitslosen, Jugendlichen u.a. bekämen damit eine Chance, sich Gehör zu verschaffen.

In die gleiche Richtung zielt der Vorschlag, eine eigene Kammer für Ostdeutsche einzurichten und zwar solange, wie die Lebensverhältnisse in Ost und West nicht ausgeglichen sind. Auch dieser Kammer sollten Einspruchs- und Initiativrechte eingeräumt werden, wenn es um tiefgehende Einschnitte in das Leben der ostdeutschen Bevölkerung geht, z.B. um Eigentums-, Miet-, Pacht- und Nutzungsrechte für Grundstücke, Wohnungen, Datschen und Kleingärten.

Runde Tische, Fachvertretungen und andere, den Parlamenten vor- und beigeschaltete Gremien könnten dazu beitragen, die Kompetenz der politischen Institutionen zu erhöhen, die Allmacht der Parteien und die Lobby der Industrie und des Kapitals zu begrenzen. Es bleibt unsere Forderung, ausländischen Bürgerinnen und Bürgern und Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr das Wahlrecht einzuräumen.

Bewohner, Abgeordnete, Bürgermeister und Landräte meines Wahlkreises machten mich wiederholt auf einen weiteren Grund für Politikverdrossenheit aufmerksam: das Streben der Regierungsparteien, immer mehr Entscheidungen zu zentralisieren. Dadurch, so ihre Auffassung, wird die Bürokratie aufgebläht, Zeit verloren und Geld

Jürgen Rüttgers: Erneuerung aus der Mitte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94, S. 3–7

Die Zäsur der Wiedervereinigung und des europäischen Umbruchs hat das politische Koordinatensystem verändert. Deutschland steht vor neuartigen Herausforderungen. Der Wandel ist bis in die gewohnte Lebenswelt des einzelnen hinein spürbar. Daraus erwächst für viele Menschen ein Gefühl der Unsicherheit. Von der Politik erwarten sie die Wiederherstellung überschaubarer Lebensverhältnisse, also Sicherheit. Um sie zu fördern, muß die Politik bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben auf Anpassungsprozesse drängen, die zugleich eine größere Veränderungs- und Verantwortungsbereitschaft der Bürger einfordern.

Die CDU steuert dabei einen Kurs der Erneuerung aus der Mitte – einen Kurs, der sich der Wertgrundlagen einer freiheitlichen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung vergewissert und daran die notwendigen Veränderungen in Staat und Gesellschaft ausrichtet. Er zielt auf die Stärkung der persönlichen Verantwortungs- und Gestaltungsräume, verankert in einer solidarischen Gemeinschaft, der gegenüber der Staat subsidiär und seiner friedenssichernden Aufgaben nach innen und außen verpflichtet bleibt. In ihrem Selbstverständnis bleibt die CDU Volkspartei der Mitte, die den Anspruch der Erneuerung an sich selbst richtet und durch Reformen einzulösen versucht, um der Glaubwürdigkeitskrise der Parteien entgegenzutreten.

Michael Glos: Zukunft gestalten, Bewährtes erhalten, Stabilität sichern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94, S. 8–13

Im Superwahljahr 1994 wird über das Schicksal und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entschieden. Es geht um die wirtschaftliche Entwicklung, die politische Stabilität, um die innere und äußere Sicherheit sowie um die Bündnisfähigkeit unseres Landes. Die CSU wird verdeutlichen, daß innerer und äußerer Frieden sowie Wohlstand keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern das Ergebnis im wesentlichen der Politik von CDU und CSU, die seit 1949 die entscheidenden Weichenstellungen getroffen haben. Deutschland ist keine Insel der Glückseligen, sondern es bedarf stetiger und kontinuierlicher Arbeit, um unseren Wohlstand in Frieden und Freiheit zu sichern.

In bezug auf die Europapolitik kann die Alternative nur lauten: Maastricht oder Sarajevo. Gleichzeitig sind bürokratische Regelungswut und Überreglementierung aus Brüssel zu begrenzen. Friedenssicherung ist Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft; das wiedervereinigte Deutschland kann sich nicht länger seiner Verantwortung entziehen. Den rechtstreuen Bürgern gilt unsere Fürsorge, nicht dem Datenschutz für Schwerstverbrecher. Zum Spar- und Konsolidierungskurs in der Finanz- und Haushaltspolitik gibt es keine Alternative. Schuldentrückführung, Maßhalten und Belohnung von Leistungsbereitschaft sowie die Beseitigung der strukturellen Probleme unserer Wirtschaft sind unverzichtbare Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Nicht Ausbau, sondern Umbau des Sozialstaats muß das Motto für die Zukunft lauten, soll das Netz der sozialen Sicherheit stabil bleiben. Deutschland ist und wird auch in Zukunft kein Einwanderungsland sein. Der politische Extremismus von Weimar darf sich nicht wiederholen, deshalb muß der Bürger einer Zersplitterung des Parteiensystems eine Absage erteilen. Die CSU ist und bleibt „die produktive Unruhe“ in der politischen Landschaft Deutschlands.

Wolfgang Thierse: Wahl '94: Was tun?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94, S. 14–20

Das Wahljahr als Herausforderung an die Parteien: Ob sie durch Wettstreit um die besseren Argumente Vertrauen zurückgewinnen oder durch „Propagandaschlachten um Stimmenmaximierung“ die antidemokratische Attitüde befördern. Die SPD will vor allem für die ökologische Modernisierung und eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik werben. Eine neue gesellschaftliche Glücksverheißung gibt es nicht.

In fünf „Aufgaben-Feldern“ werden Perspektiven beschrieben, die über die bevorstehenden Reformen und Instrumente hinausweisen: Gerechtigkeit als Bedingung der inneren Einheit; Transformations- und DDR-Erfahrungen fruchtbar machen für ein gesamtdeutsches Reformprojekt; einen Umgang mit der DDR-Vergangenheit, der zwischen dem gescheiterten System und den darin gelebten Biographien unterscheidet; eine Neubesinnung auf die Kultur als verbindende Klammer der Deutschen sowie die Arbeit an einem nicht-nationalistischen Verhältnis zur eigenen Nation.

Werner Hoyer: F.D.P.: 1994 – Die zweite historische Chance

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94, S. 21–26

Die F.D.P. ist in rauhem Fahrwasser, Wahlergebnisse stagnieren oder sind rückläufig. Und dennoch gibt es auf den drei Ebenen der programmatischen Profilierung, der Funktion der F.D.P. in der politischen Parteienlandschaft und der personellen Kompetenz für die Liberalen auch Mitte der neunziger Jahre große Chancen. Dabei ist das Superwahljahr eine Chance, die Kluft zwischen einem wachsenden gesellschaftlichen Potential – das sich selbst als liberal versteht – und der F.D.P., ihrer politischen Praxis und ihrem Image, zu schließen.

Es geht erstens darum, zu erreichen, daß die F.D.P. wieder stärker als liberale Partei gesehen wird, die das liberale Lebenswertgefühl der Menschen anspricht. Diese emotionale Ansprache muß die F.D.P. mit einer stärkeren Grundwerteprofilierung ihres Selbstverständnisses erreichen. Zum zweiten hat die F.D.P. gerade im Bereich der von den Wählern ihr nach wie vor zugewiesenen marktwirtschaftlichen Kompetenz unter diesem Blickwinkel die Arbeitsmarktproblematik zu besetzen. Unter den Leitmotiven „mehr Flexibilität, mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie“ will die F.D.P. ein Alleinstellungsmerkmal zwischen zwei Volksparteien setzen, die sich in ihrer Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik immer weiter annähern.

Funktional muß die F.D.P. deutlich machen, daß aufgrund der Entvölkerung der Volksparteien regierungs- und handlungsfähige Mehrheiten nur noch mit einer starken F.D.P. möglich sind. Schließlich muß die kleine F.D.P. auch die Funktion eines Motors der Veränderung gegenüber den schwerfälligen Volksparteien wahrnehmen. Das funktionale Wahlargument ist stärker denn je. Allein, es fehlt noch an der Vermittlung dieses Argumentes. Gegen die allgemeine Verdrossenheit setzt die F.D.P. zuallererst auf ihren Spitzenkandidaten Klaus Kinkel, der als Persönlichkeit für Direktheit, Offenheit und Glaubwürdigkeit steht. Diese Kombination von liberaler Programmatik, funktionaler Bedeutung der F.D.P. und persönlicher Integrität sollen die Schwerpunkte für eine erfolgreiche F.D.P. sein.

Werner Schulz: Politik der Reformen und Reform der Politik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94, S. 27–32

Bündnis 90/Die Grünen gehen mit einem reformorientierten Programm in die zahlreichen Wahlen dieses Jahres. Sie fordern eine Begrenzung der Macht der Parteien und ihrer Möglichkeiten zu finanzieller Selbstbedienung, die Trennung von Kirche und Staat und eine bürgerorientierte und kostenbewußte Reform der Verwaltung.

In einer Strategie der forcierten ökologischen Innovation liegen erhebliche Chancen sowohl für die Verbesserung der Umweltsituation wie auch für die Wirtschaftsentwicklung. Zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit bedarf es zusätzlich deutlicher Arbeitszeitverkürzungen und einer neuen Arbeitsförderpolitik. Eine soziale Grundsicherung und die Verbesserung des Kindergeldes können einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Armut leisten. Eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Bundes zur Finanzierung dieser Reformen ist auszuschließen. Eine sozial gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten ist jedoch erforderlich. Der Gesetzgeber muß der multikulturellen Realität in der Bundesrepublik Rechnung tragen, die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen und ein Einwanderungsgesetz schaffen. Die Europäische Union muß in demokratischer, ökologischer und sozialer Hinsicht reformiert und für die mittelosteuropäischen Staaten geöffnet werden. Die KSZE soll zu einem System kollektiver Sicherheit weiterentwickelt, die Handlungsfähigkeit der UNO gestärkt werden.

Dagmar Enkelmann: Erneuerung der Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94, S. 33–36

Politikverdrossenheit erfaßt immer mehr Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik. Die Ursachen sind in der momentanen Produktions- und Konsumtionsweise begründet. Diese gefährden die Zukunft unserer Gesellschaft und der Menschheit. Die politischen Antworten der Bonner Regierungskoalition auf neue Herausforderungen in Deutschland, in Europa und in der Welt sind überholt. Die Strukturen des politischen Systems in der Bundesrepublik sind festgefahren. Politisches Engagement der Menschen zu wecken, das verlangt eine Politik, die den Alltags- und Zukunftsinteressen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist und den kommenden Generationen Lebensgrundlagen erhält. Einschränkung der Macht der Parteien und der hinter ihnen stehenden Lobby der Industrie und des Kapitals, mehr direkte politische Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrechte für Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer sozialen Interessenverbände, nicht zuletzt die Dezentralisierung der politischen Entscheidungsgewalt sind erforderlich, um Menschen für politisches Engagement zu gewinnen.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis



nur **25,- DM**
zuzügl. Versandkosten

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)

Jahrgang: 1992



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell-**Das Parlament**, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, 54290 Trier
Telefax (06 51) 46 04 - 153